

Mandl, Leopold
Österreich-Ungarn
und Serbien nach dem
Balkandriege

Österreich-Ungarn
und
SERBIEN
nach
dem
Balkankriege

Materialien zum Verständnis der Beziehungen Serbiens zu Österreich-Ungarn

Von **Leopold Mandl**

1912
Verlag von Moritz Perles, k. u. k. Hofbuchhandlung, Wien, I. Seilergasse 4

Meinem lieben Bruder Eduard zugeeignet.

Wien 22/12 1912 vom Verfasser

Österreich-Ungarn
und
SERBIEN
nach
dem
Balkankriege

Materialien zum Verständnis der Beziehungen Serbiens zu Österreich-Ungarn

Von Leopold Mandl

1912
Verlag von Moritz Perles, k. u. k. Hofbuchhandlung, Wien, I. Seilergasse 4



Vorrede.

Die politischen Beziehungen Serbiens zu Österreich-Ungarn beschäftigen, zum zweitenmale seit vier Jahren, alle Kreise der internationalen Politik. In Österreich-Ungarn wurden von den verschiedensten Seiten Ratschläge zur Besserung des unerträglich gewordenen Nachbarverhältnisses zu Serbien gemacht. Dies geschah jedoch meistens ohne tiefere Kenntnis der Ursachen und Gründe, welche die hochentzündlichen Erscheinungen im österreichisch-ungarisch-serbischen Nachbarverhältnisse zeitigten, die gegenwärtig das ganze Wirtschaftsleben unserer Monarchie immer gefährlicher bedrohen. Zum Verständnis der politischen und ökonomischen Notlage, in der sich Österreich-Ungarn durch die Macht der Verhältnisse Serbien gegenüber befindet, soll diese Schrift beitragen. Auch sie konkludiert in gewissen Vorschlägen nach der Richtung, wie das österreichisch-ungarisch-serbische Verhältnis in der Zukunft auf eine gesunde, dauernde Grundlage zu stellen wäre. Ich betone, daß meine Arbeit nicht in erster Linie um dieser Vorschläge willen, deren einzelne heute bereits als das Ergebnis der öffentlichen allgemeinen Diskussion erscheinen, geschrieben worden ist. Hauptzweck war dabei vielmehr die Sammlung und Sichtung des in voller Objektivität herangezogenen und benützten geschichtlichen, geographischen, politischen und statistischen Materials gewesen, dessen Kenntnis zum Verständnis der ganzen Frage und zur Aufklärung weiterer Schichten der politisch denkenden Bevölkerung notwendig erscheint.

Wo statistische Nachweise nötig waren, sind sie, sofern sie Serbien betrafen, dem serbischen Jahrbuche (Annuaire statistique du Royaume de Serbie, Belgrade XI tome 1908), der letzt-

erschienenen Veröffentlichung des amtlichen statistischen Bureaus entnommen worden. Bei Schilderung der Völkermischung der Sandschakate Novibazar und Pristina gab mir Th. Ippens allgemein geschätztes Werk „Novibazar und Kossowo“ verläßliche Aufschlüsse. Das Ergebnis der im Auftrage des Wiener Auswärtigen Amtes durch die k. und k. Konsuln in Mazedonien im Jahre 1905 veranstalteten Zählung der mazedonischen Nationalitäten, war mir leider nicht zugänglich. So mußte ich mich entschließen, zur Feststellung des nationalen Bevölkerungsverhältnisses das Werk D. M. Brancoffs „La macédoine et sa population chrétienne“, Paris 1905, zu verwenden, das aus Exarchatsregistern schöpft und mit der verdienstvollen Arbeit Richard von Machs, des langjährigen Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ in Konstantinopel „Der Machtbereich des bulgarischen Exarchats“, Leipzig 1906, übereinstimmt. Nur habe ich, da ich Mazedonien kenne, die von den beiden Autoren zur Patriarchatskirche gerechneten serbisierenden und gräzisierenden Bulgaren als Serben, beziehungsweise Kutzowallachen bezeichnet. Die Zugehörigkeit zur bulgarischen Exarchatskirche, beziehungsweise zu den serbischen Bischofssprengeln von Üsküb und Raschka-Prizend ist der wichtigste Anhaltspunkt zur Ermittlung des nationalen Anteils der Serben und Bulgaren an dem Völkergemisch Nordmazedoniens.

Dezember 1912.

Der Verfasser.

I.

„Durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina ist Österreich-Ungarn, was Landerwerb anbelangt, vollständig und für ganz absehbare Zeit saturiert. Die Rückgabe des Sandschaks von Novibazar erfolgte, um der Türkei die Hand zu guter Nachbarschaft zu reichen und zu beweisen, daß in der Monarchie auf ottomanische Provinzen keinerlei Aspirationen mehr bestehen. Das österreichisch-ungarische Staatsinteresse fordert nur, daß sich in der Zukunft im Sandschak kein Staat mit absolut feindseligen Absichten gegen die Stellung der Monarchie an der Adria festsetze und unsere handelspolitischen und verkehrspolitischen Interessen auf dem Balkan schädige. Als saturierte Balkanmacht vermag Österreich-Ungarn mit allen anderen Staaten auf dem Balkan ohne Unterschied freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten“ . . .

In diesen Sätzen habe ich am 31. Jänner 1911 in meiner Broschüre „Österreich-Ungarn und Serbien“ die Grundzüge der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik, wie sie sich nach der vollzogenen Annexion Bosniens und der Herzegowina darstellte, zusammengefaßt.

Die Minister des Auswärtigen, Graf Aehrenthal und sein Nachfolger Graf Berchtold, haben seither wiederholt in den maßgebenden Körperschaften Österreich-Ungarns Erklärungen abgegeben, daß die Monarchie keinen Landerwerb auf dem Balkan mehr anstrebe, daß die Rückgabe des Sandschaks von Novibazar keine provisorische, sondern eine definitive sei. Es ist anzunehmen, daß die österreichisch-ungarische Politik bei der Rückgabe des Sandschaks an die Türkei auch den Fall ins Auge gefaßt hat,

wie die künftige Nachbarschaft der Monarchie im Lim- und Ibartal geartet sein müsse, wenn der Kräfteverfall des ottomanischen Reiches in Europa zur Amputation des so vernachlässigten Sandschaks führen sollte. Österreich-Ungarn konnte daher, als die verbündeten Balkanstaaten der Türkei den Krieg erklärten, ein untätiger, auf alle Möglichkeiten wohlvorbereiteter Beobachter auf der Hochwacht seiner großen Interessen auf dem Balkan bleiben. Es brauchte keine besonderen militärischen Vorkehrungen zu treffen, denn der Schutz seiner Interessen erforderte nicht, daß es die Entwicklung der kriegerischen Ereignisse in irgend eine bestimmte Richtung zu drängen suche. Es genügte vollständig, daß Österreich-Ungarn durch seinen leitenden Staatsmann die energische Wahrung des Staatsinteresses an der Adria und auf dem Balkan für alle Fälle ankünden ließ. Hätte die Türkei auf den Schlachtfeldern Mazedoniens und Thraziens gezeigt, daß sie noch ein konservierungsfähiges Staatsgebilde in Europa sei, so hätte sie nicht nur an Österreich-Ungarn, sondern bei allen Großmächten eine entsprechende Stütze nach Abschluß des Friedens gefunden. Da jedoch die verbündeten Balkanstaaten auf allen Angriffslinien das morsche Staatsgebäude des osmanischen Reiches zertrümmerten, ist eine neue Lage entstanden, welche Österreich-Ungarn die Verpflichtung auferlegt, seine Interessen vor Schädigungen infolge einer Neuordnung der politischen Landkarte der Balkanhalbinsel zu behüten.

Die bisher bekannt gewordenen Ansprüche Bulgariens erstrecken sich bloß auf Gebiete, die, von bulgarischen Volksgenossen bewohnt, mit dem Länderbesitz des Königreiches in politisch-geographischen, organischen Zusammenhang stehen. Die Interessen Österreich-Ungarns können dadurch nicht geschädigt werden. Die zielbewußte Realpolitik des kraftvoll aufstrebenden bulgarischen Staatswesens hat in den vierunddreißig Jahren seines arbeitsreichen Bestandes Österreich-Ungarn keine Veranlassung gegeben, um über bewußte Schädigung seiner Interessen Klage zu führen. Der österreichisch-ungarische Handel, die österreichisch-ungarische Industrie haben auf den bulgarischen Märkten zufriedene, willige Abnehmer gefunden. Bei den Wettbewerben um öffentliche Arbeiten

und Staatsbestellungen sind österreichische und ungarische Künstler, Industrielle und Unternehmer niemals auf faktiösen oder grundsätzlichen Widerstand gestoßen. Wenn sich in der Zukunft Bulgarien auf dem Balkan zum hegemonen Staat entwickelt und seine Unabhängigkeit nach allen Seiten hin kraftvoll ausbaut, dürfte mit der Zeit sogar ein Parallelismus gewisser gemeinsamer Interessen Österreich-Ungarns mit dem bulgarischen Zarate hervortreten; denn zwischen den beiden Staaten bestehen auf dem Balkan keine Reibungsflächen und dürften aller Voraussicht nach sich auch in Zukunft nicht ergeben, wenn Bulgarien nach seiner Festsetzung am Agäischen Meere neue große politische Aufgaben zuwachsen.

Ein vergrößertes Griechenland kann gleichfalls österreichisch-ungarische Balkaninteressen nicht beeinträchtigen. Unser Handel und unsere Industrie genossen in Athen stets das Recht der vollen und uneingeschränkten Meistbegünstigung, unsere Fabrikate fanden geneigte Abnehmer auf den Märkten des Hellenenkönigreiches und bei Staatsbestellungen; unsere Schiffahrt genießt in Griechenland trotz der großen Seegeltung der eigenen Handelsflotte eine geradezu bevorzugte Stellung. Auch unsere Beziehungen zu Montenegro sind normale und seit langer Zeit gute. Die Dienste, welche die österreichisch-ungarische Diplomatie der montenegrinischen Regierung im türkisch-montenegrinischen Grenzstreite um den Bezirk von Berane im Jahre 1911 leistete, geben einen Fingerzeig, daß man in Österreich-Ungarn gegen eine montenegrinische Nachbarschaft im Sandschak von Novibazar kaum etwas einzuwenden haben dürfte, da man keine Ursache hat, an der loyalen Ausführung allfälliger Abmachungen mit König Nikola zu zweifeln. Wenn man nun das Nachbarverhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien betrachtet, wie es sich seit der historischen feierlichen Regierungserklärung vom April 1909 gestaltet hat, so läßt sich keine organische Besserung der Bcziehungen feststellen. Bezeichnenderweise ist aber gerade dieses Verhältnis in den letzten zwei Jahren von Seite der maßgebenden Persönlichkeiten der serbischen Regierung wiederholt als „normal und korrekt“ bezeichnet worden.

Wir werden also zu untersuchen haben, ob die künftige Anwesenheit des Königreiches Serbien in gewissen, bisher türkischen Gegenden und Ländern die Interessen der Monarchie auf dem Balkan und an der Adria in politischer, handelspolitischer und verkehrspolitischer Hinsicht schädigen könnte und durch welche Vorbeugungsmaßregeln eine Beeinträchtigung voraussichtlich zu verhüten wäre.

Die auswärtige Politik Serbiens, seine Regierungen, die serbische Gesellschaft, das ganze Volk und mithin die öffentliche Meinung im Königreiche stehen vollständig im Banne der großserbischen Idee, deren Gewalt über den Volksgeist seit den letzten Jahren, wenn dies überhaupt möglich ist, noch zugenommen hat. Das ist ein Axiom, von dem jede Untersuchung der auswärtigen Politik Serbiens ausgehen muß. Die großserbische Idee findet im serbischen Nationalprogramm ihre Definition. Dieses Programm fordert die Befreiung und Wiedervereinigung aller von Serben bewohnten Länder durch das heutige Serbien, neuestens aber auch der nicht mehr von Serben bewohnten Gebiete, die in irgend einem Zeitpunkte einmal zum alten serbischen Staate gehört haben. „In der auswärtigen Politik" — schreibt ein gewesener serbischer Ministerpräsident, Cedomil Mijatovic* — „arbeiten alle drei Parteien in Serbien an der Realisierung des Nationalprogrammes, der Befreiung aller serbischen Provinzen von fremder Herrschaft (Türkei und Österreich) und deren Vereinigung zu einem unabhängigen serbischen Königreich oder einer Republik. In der Gegenwart gibt es keine Freunde Österreichs in Serbien. Dagegen sind die Liberalen und Radikalen fanatische Anhänger Rußlands, ihre politischen Führer und ihre Presse, erachten es als Pflicht der Serben, sich zu widmen (to devote themselves) der Verwirklichung der ‚Slawischen Idee', welche präzis zu definieren sie im allgemeinen ablehnen, unter der man aber die Vereinigung aller slawischen Nationen in einer ‚Commonwealth' mit Konstantinopel als

---

* Chedo Mijatovic, „Formerly servian Minister at the court of St. James' Servia and the Servians". London 1908. S. 36, 37.

Kapitale und dem russischen Zaren als Kaiser aller Slawen versteht." Von der liberalen Partei in Serbien zuerst aufgestellt, von Fortschrittlern und Radikalen angenommen, machte man das Nationalprogramm nach dem 11. Juni 1903, als die Volkssouveränität in Serbien herrschend wurde, zur Grundlage der serbischen Staatspolitik. Es geschah dies freilich nicht zuletzt auch aus taktischen, innerpolitischen Gründen. Denn durch die künstliche Nährung der großserbischen Aspirationen und der damit untrennbar verbundenen österreich-ungarnfeindlichen Gesinnung und Stimmung in der Nation, haben die Radikalen in Serbien ein politisches Milieu zu schaffen verstanden, in dem sie ihre persönlichen Interessen auf Kosten der geschädigten und irregeführten Gesellschaft befriedigen können. Es war für den Beobachter der Politik in Serbien im letzten Jahrzehnt ein seltsames Schauspiel, daß immer, wenn innere Angelegenheiten heikler Art die Stellung der radikalen Regierungen zu einer schwierigen zu gestalten drohten, die Kritik und Bewegung des Volkes und der Gesellschaft durch Vorgaukelung einer von Seite Österreich-Ungarns drohenden fiktiven Gefahr abgelenkt wurde. Zu diesem Behufe wurde in Belgrad in solchen Momenten besonders auf angebliche Truppenanhäufungen an der Grenze und auf den bevorstehenden österreichischen Vormarsch nach Mitrowitza* hingewiesen. Besonders bezeichnend für diese Regierungsmethode war die Art und Weise, in welcher im Jahre 1910 der Besuch König Peters bei Kaiser Franz Josef äußerlich durch den Ministerpräsidenten des radikalen Kabinetts Dr. Milovan Milovanovic betrieben, heimlich aber durch den Parteichef der Radikalen Nikola Paschic hintertrieben und zur austrophoben Verhetzung des serbischen Volkes verwertet wurde. Zuerst versuchte Dr. Milovanovic, ob der Besuch König Peters bei Kaiser Franz Josef anläßlich der Durchreise des ersteren zum Besuche des französischen Präsidenten nach Paris angenommen werden würde. Die Radikalen wollten durch diese Proposition zweierlei erreichen. Hätte man in der Wiener Hofburg den Besuch König Peters nicht angenommen, so wäre das ein neuer Anlaß zu Aus-

* Andre Barre: „La tragédie serbe". Paris. Michaud. S. 242, 243.

fällen gegen die „übelwollende" Monarchie gewesen, „die sich mit Serbien nicht auf einen guten Fuß stellen wolle". Hätte man aber den Besuch akzeptiert, wie er angeboten wurde, so hätte man in der Belgrader Presse darauf hingewiesen, wie man Österreich-Ungarn durch einen auf der Durchreise erfolgten Besuch bagatellisiert habe. Als die Proposition des Dr. Milovanovic jedoch abgewiesen, der Besuch König Peters aber in üblicher Form für Budapest angenommen wurde, entfesselten die Anhänger des Parteichefs Nikola Paschic in Gemeinschaft mit dem Dragoman der russischen Gesandtschaft in Belgrad, Gabriel Mamulow, eine wüste Agitation, weil der Besuch in Budapest erfolge, der Hauptstadt jenes Staates „unter dessen Joche die serbischen Provinzen Bačka, Baranya, Kroatien und Slavonien schmachten" und weil aus Anlaß der Antrittsvisite König Peters die in den serbischen Kerkern festgehaltenen „österreichisch-ungarischen Spione" begnadigt werden könnten .... Dem Belgrader Konak wurde offen mit Demonstrationen bei der Abreise nach Budapest und mit österreich - ungarnfeindlichen Kundgebungen während der Anwesenheit König Peters in der Ofner Hofburg gedroht. Als die Sache so weit gediehen war, bat die serbische Regierung in Wien dringend, daß man den Besuch „wegen Unpäßlichkeit des Kaisers" im Interesse der korrekten und normalen Beziehungen Serbiens zu Österreich - Ungarn absagen möge.

Diese zwischen der Regierung und ihrer Partei abgekartete Komödie zeigt deutlich, daß man in Belgrad eine Verbesserung der Beziehungen zu Österreich-Ungarn für den Gang der serbischen Staatspolitik nicht wünschenswert erachtet. Ein anderer Beweis, daß Serbien bei seinen feindseligen Gesinnungen und Absichten gegen die Monarchie auch nach dem April 1909 verharrte, wurde durch die Gründung der großen luxuriös ausgestatteten Tageszeitung erbracht, welche den alles sagenden Namen „Piemont" erhielt. Zum Herausgeber und Chefredakteur bestellte man den gewesenen Beamten im Ministerium des Auswärtigen, Ljuba Jovanovic*, ehemaligen Präsidenten des „Slowenski

* Nastic, „Finale", 1908. „Moje afere" 1908.

jug", der durch die Organisation des mißglückten Bombenattentates gegen König Nikola eine über Serbien hinausgehende traurige Berühmtheit erlangt hat. Der wahre Eigentümer des Blattes, das über eine prachtvoll eingerichtete Druckerei verfügt, ist jedoch der serbische Offiziersverein, welcher bereits zwei Subventionen zu je 600.000 Francs von der Regierung erhalten hat und das Recht besitzt, seinen „Warenbedarf" aus dem Auslande zollfrei einführen zu dürfen. „Piemont" befaßt sich mit der „Propaganda für die Befreiung Bosniens, Dalmatiens, Kroatiens und der anderen serbischen Länder von österreichisch-ungarischem Joche." Es verherrlichte den Attentäter Zerajic, der sich nach dem mißglückten Revolverattentat auf den kroatischen General Varešanin in Sarajewo entleibte. Es feierte das Attentat des Jukić auf den königlichen Kommissär Cuvaj in Agram und eiferte bei diesem Anlasse offen zur Ermordung anderer politischer Persönlichkeiten in Österreich-Ungarn an. Es ist bekannt, daß Jukić und seine Mitschuldigen eingestanden haben, aus Belgrad den Plan zur Ermordung des königlichen Kommissärs in Agram mitgebracht zu haben, daß dort dem Jukić ein serbischer Bandenführer (die notorisch im Regierungssolde stehen), nach anderer Lesart gar ein serbischer Major eine Bombe zur Ausführung des Attentates gegeben hat. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß die Untersuchung nach Mitwissern des Attentäters Zerajic über höheren Wunsch niedergeschlagen wurde, als sich feste Anhaltspunkte ergaben, daß jene in Serbien zu suchen seien.

Ein anderes Kapitel der „normalen und korrekten" Beziehungen Serbiens zur Monarchie ist die dort im Schwange stehende Spionenriecherei, welche zur Folge hatte, daß mehrere unglückliche österreichische und ungarische Staatsangehörige, von deren Unschuld kompetente militärische Kreise in Österreich-Ungarn überzeugt sind, zu vieljährigem schweren Kerker unschuldig verurteilt wurden. Trotz diesbezüglicher Bemühungen des österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad war die Begnadigung und Haftentlassung dieser Unglücklichen in einem Lande nicht zu erreichen, in dem Raubmörder und bestialische

Wüstlinge nach kurzer Haft der königlichen Gnade teilhaftig werden. Die Akten dieser Begnadigungen und Nichtbegnadigungen würden jedem Kulturhistoriker, der sich mit der Sittengeschichte Serbiens unter König Peter I. befaßt, ein in ganz Europa aufsehenerregendes Material liefern. Die durch die serbische Regierung künstlich gezüchtete Spionenriecherei hat in den letzten Monaten dazu geführt, daß gegen jeden österreichisch-ungarischen Militärponton, den die Strömung der Donau oder Save in Schußweite des serbischen Ufers treibt, von der dort postierten Finanzwache ein Gewehrfeuer eröffnet wird, welches die österreichisch-ungarischen Soldaten zum Landen auf serbischem Boden zwingt, wo sie als „Spione" verhaftet und erst nach Vorstellungen der k. und k. Gesandtschaft und nach Weisungen aus Belgrad wieder freigelassen werden. Es geschieht auch dies nur, um dann durch die Presse leidenschaftliche Ausfälle gegen die österreichische „Spionage" zu lancieren und das serbische Volk in einem Zustande der Aufregung zu erhalten, die das Betreten des Inneren des Landes für jeden österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen seit längerer Zeit zu einem Wagnis macht. In dieses lodernde, durch die Belgrader Presse eifrig geschürte Feuer gießen die serbischen Staatsmänner unaufhörlich das Öl ihrer verhetzenden Reden. Männer, wie der amtierende Handelsminister Costa Stojanovic, der Chef der liberalen Partei, Stojan Ribarac, gefallen sich in scharfen Ausfällen gegen die Nachbarmonarchie, welche sie zum Verlassen des Balkans auffordern, weil sonst die nächste Aufgabe der serbischen Armee die Befreiung der Südslaven in Österreich-Ungarn sein würde.

Alle diese angeführten Episoden, Erklärungen und Äußerungen sind nicht etwa vereinzelte Vorkommnisse im politischen und nationalen Leben Serbiens, sondern Erscheinungen, wie sie jeder Tag bringt und die daher als Gradmesser für die Intensität der austrophoben Volksgärung gelten können, die aus innerpolitischen und taktischen Gründen von der serbischen Regierung bei jedem Anlasse aufs neue geschürt wird. In Österreich-Ungarn trifft weder die verschiedenen Regierungen, noch die öffentliche Meinung, wie sie in der Presse und durch die Gesellschaft zum

Ausdruck kommt, ein Verschulden an der Fortdauer jener gehässigen Propaganda gegen alles Österreichisch-Ungarische in Serbien. Viel eher könnte man in unserer Monarchie von überflüssigen Bemühungen sprechen, welche in der Regel in Vorschlägen gipfeln, die Abneigung Serbiens und seiner Politiker durch außerordentliches Entgegenkommen zu beseitigen. Während die serbische Regierung alle ständigen Berichterstatter der Wiener und Budapester Presse ausgewiesen hat, um diese lästigen Kontrolleure des öffentlichen Lebens von Serbien fernzuhalten, gewähren die Zeitungen der beiden Haupt- und Residenzstädte der Monarchie den verschiedenen serbischen Politikern, Diplomaten und Publizisten eine geradezu uneingeschränkte Gastfreundschaft, indem sie ihnen gestatten, die öffentliche Meinung Österreich-Ungarns im Sinne der serbischen Interessen und Absichten zu beeinflussen. Während die serbische Regierung — wie der Verleumdungsprozeß des Publizisten Sweta Jakschic gegen den serbischen Gesandten in Sofia, Dr. Miroslaw Spalajkovic, im Jahre 1909 bewies, jedes Blatt in Belgrad sofort der käuflichen Parteigängerschaft zeiht, wenn es nicht in den Chorus der publizistischen Hetze gegen Österreich-Ungarn einstimmt, zeigt sich die führende österreichisch-ungarische Publizistik emsig bemüht, eine Verbesserung der Beziehungen herbeizuführen, die man im Gegensatze zur serbischen Auffassung als ganz anormale betrachtet. Man übersieht dabei allerdings vollständig, daß der Haß und die tiefe Abneigung, die in Serbien gegen die Monarchie herrschen, die Emanation eines Gegensatzes der serbischen zur österreichisch-ungarischen Staatsidee sind. Die serbische Staatspolitik strebt bewußt die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie an. Und da sie sich darüber keiner Täuschung hingeben kann, daß Österreich-Ungarn einen Widerstand bis zum Äußersten entgegensetzen müsse, fürchtet sie, nicht mit Unrecht, für die Existenz des eigenen Staates.

„So lange Österreich-Ungarn das bleibt, was es heute ist,“ sagte der gegenwärtige Minister des Innern Stojan Protić, „ist es unmöglich, mit ihm gute Beziehungen zu unterhalten. Österreich-

Ungarn will Großmacht bleiben, aber seine Zusammensetzung macht es zum Vaterlande einer ganzen Reihe von verschiedenen Nationalitäten mit ausgesprochener Individualität. Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz zu übernehmen . . .*" Nach all diesen Symptomen, Geschehnissen und Erklärungen kann es gar nicht fraglich sein, daß die serbische Staatspolitik in bewußt feindlichem Gegensatz zu den Lebensinteressen der Monarchie steht. Ein Staat, dessen leitende Persönlichkeiten und Parteiführer nicht nur nicht zurückschrecken, ihren Gefühlen des Hasses und der unüberwindlichen Abneigung bei jedem Anlaß öffentlichen Ausdruck zu geben, sondern dafür in Serbien den Beifall des Volkes ernten, wird ohne Zweifel überall, wo er sich ausbreitet, die Interessen der Monarchie schädigen und deren Entwicklung beeinträchtigen.

* Rede des Ministers Stojan Protic in der Skupschtina am 2. Jänner 1909, st. Protokoll.

II.

Nun strebt Serbien die Erwerbung mehrerer Balkanländer an, die seit jeher als die eigentliche Interessensphäre Österreich-Ungarns auf dem Balkan galten. Durch diese Gebiete ziehen alle Handelsstraßen aus Österreich-Ungarn nach der Balkanhalbinsel, alle Verkehrswege aus dem Innern nach der türkischen Adria, sodann der für den Ausbau des künftigen mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes hochwichtige breite Talzug der Morawa und des Wardar, vor allem aber laufen hier alle strategischen Stoßlinien, auf welchen feindliche Armeen ihren Aufmarsch gegen die ungarische Donau und Save bewerkstelligen können.

Der bekannte serbische Geograph, Prof. Jowan Cwijic*, schreibt über diese Gebiete: „Die Bucht von Medua ist die wichtigste Partie der westlichen Balkanhalbinsel. Bei Medua haben wir eine Küstenknickung und eine tiefe Ausbuchtung, von wo die bequemste Talsenkung in das Innere der Halbinsel führt, weshalb die Hafenplätze längs der Küstenknickung von Medua die nächsten und günstigsten für die zentralen Partien der Balkanhalbinsel sind. Die Küste an der Knickung von Medua muß für die Verbindungen mit Italien eine frontale, geschichtliche und kulturelle genannt werden. An ihr befinden sich die günstigsten Hafenplätze für Beziehungen zu Italien. Das ist die Küste, wo die wichtigsten Querstraßen der Balkanhalbinsel ihren Anfang nehmen. Alle derartigen Straßen des Altertums und insbesondere des Mittelalters liefen auch aus von der Mündung der Narenta, von Ragusa, Cattaro, Antivari, Skutari, Durazzo und mündeten über Kossowo in Nisch, Wranja und Skoplje (Üsküb) in die wichtigsten

* Professor Jowan Cwijic in Belgrad ist eine in ganz Europa allgemein bekannte und geachtete wissenschaftliche Autorität auf dem Gebiete der Geographie, Geologie und Antropogeographie des Balkans.

Längsstraßen der Halbinsel. Von besonders hervorragender Bedeutung sind die Straßen von Skutari nach Prizrend und Durazzo-Bitolj (Monastir),—Saloniki (via egnatia). Die Straße von Medua nach Skutari und Prizrend war die wichtigste Heerstraße unter den Nemanjiden im Mittelalter. Auch heute herrscht dort noch ein bedeutender Verkehr. Die nämliche Bedeutung hat die Straße von Durazzo. Die Straße von Medua—Prizrend zieht in der Scharung des dinarischen und albanischen Alpensystems; die Straße von Durazzo nach Monastir zieht durch leichter gangbare albanische Gebirge. Der Vorzug dieser Querstraßen vor allen anderen unterliegt keinem Zweifel. Die Via egnatia nimmt bei Durazzo ihren Anfang. Durazzo ist vom Meer nicht leicht zugänglich, ebenso schwer ist es aber, sich der Stadt vom Lande zu nähern. Daher ist Durazzo seit der Römerzeit bis zur Gegenwart ein wichtiger strategischer Punkt geblieben. Diesen zwei Querstraßen stehen zwei Längenstraßen gegenüber, die sich bei Nisch vereinigen.

Alle nördlichen Balkanländer, die ihren Größenzuwachs von der Türkei erhalten müssen, haben im Süden ihre geschichtlichen und (strategisch) frontalen Seiten. Sie alle streben danach, einen möglichst großen Teil der balkanischen Längsverkehrsader an sich zu reißen. In dem großen Kampfe, der in diesem Raum, um den wichtigsten Talzug der Balkanhalbinsel entstehen wird, spielt eine große Rolle das Gebiet Üsküb (Skoplje)-Preschewo, der Kern der Balkanhalbinsel. Hier münden die Straßen aus Bosnien und aus Albanien. Der Sandschak von Novibazar hat infolge seiner politischen Lage eine besondere Bedeutung. Hier kreuzen sich die bosnische Straße und die Karawanenwege, die aus dem Gebiet des Ibar über Novibazar nach Ipek und in das Küstenland von Zeta (Medua) führen. Das Kossowo hat große Wichtigkeit für den Sandschak von Novibazar, sodann für die Verbindungen Bosniens und der Herzegowina mit den zentralen Balkanländern und dem Verkehrsweg Morawa-Wardar. Von Kossowo aus ist es möglich, auf Bosnien und die Herzegowina einen stärkeren kulturellen und politischen Einfluß auszuüben als aus Serbien*."

* Jowan Cwijic: „Mazedonien und Altserbien", Gotha 1908.

Aus diesen Aufschlüssen des serbischen Gelehrten und Politikers ergibt sich zur Genüge, welch große Interessen für Österreich-Ungarn in jenen Gegenden auf dem Spiele stehen, wenn sie teilweise oder in ihrer Gänze in den Besitz eines Staates mit feindlichen Absichten übergehen würden. Dies aber müßte der Fall sein, wenn es nach den Ansprüchen Serbiens ginge, da es den größten Teil des Sandschaks von Novibazar mit den Städten Plewlje, Nowa-Warosch, Sienica, Novibazar, Priepolje und Mitrowitza fordert; sodann das Kossowopolje mit den Städten Pristina, Gillan, Wucitrn, die Hochebene des Weißen Drin, fälschlich Metoja* genannt, mit den Städten Ipek und Djakowa, das Stammgebiet von Luma und die große Stadt Prizrend. Als Grenze zwischen Serbien und Bulgarien zieht Prof. Jowan Cwijic** eine Linie durch die Quelltäler der Pčinja und Kriwa Reka derart, daß die Städte Egri Palanka und Kratowa bulgarisch bleiben, während Üsküb und Kumanowa serbisch werden sollen. Den Kessel von Üsküb umkreisend, das Owce polje entlang, dem Lauf des Bregalnitzabaches und der Unteren Pčinja folgend, soll dann die Grenze den Wardar nördlich von Weles (Köprülü) überschreiten, über den Kamm der Jakubitza Planina zum See von Ochrida laufen, so daß die Stadt gleichen Namens noch zu Bulgarien, Struga mit seinen berühmten Pässen nach Albanien künftighin zu Serbien gehören soll. Tetowo, Dibra, Gostivar würden dadurch serbisch werden, das Tal des Skumbi hinab soll dann das vergrößerte Serbien an der Adria bei Durazzo enden. Serbien hat 49.000 Quadratkilometer. Das neue Gebiet ist mit 40.000 Quadratkilometern einzuschätzen. Während in Serbien 2,800.000 Einwohner leben, von welchen 122.000 Rumänen***, das übrige Serben oder (im Timoktale und um Pirot) halbserbisierte Bulgaren sind,

* Metoja ist ein geographischer Name, der nur im Auslande bekannt ist. Er ist wahrscheinlich aus dem albanischen Wort Metech, die Winterweide, entstanden, weil die albanischen Berghirten mit ihren Herden im Winter in das Drintal niedersteigen.

** Jovan Cwijic: „Balkanski rat i Srbija", Beograd 1912.

*** W. Kohn: „Serbien", Semlin 1904. Das „Annuaire statistique de la Srbie", 1908 gibt die Zahl der Rumänen mit 89.000 Seelen an, das „Annuaire" vom Jahre 1898 stellte dagegen 159.000 Rumänen in den östlichen Kreisen Serbiens fest.

stellen sich die ethnographischen Verhältnisse „Neuserbiens“ wesentlich mosaikartiger dar.

Der Sandschak von Novibazar und das Kossowopolje werden gegenwärtig von 177.000 Mohammedanern und 123.000 Nichtmohammedanern bewohnt, was einem Verhältnisse von 59% zu 41% entspricht. Von den Mohammedanern sind 87.000 mohammedanische Serben, die sich jedoch Arnauten, den Sandschak selbst Arnautlik = Arnautenheim nennen*. 90.000 Seelen zählen die aus Hochalbanien seit dem 18. und 19. Jahrhundert eingewanderten Albaner. 19.000 Bewohner des Sandschaks, u. zw. die Serben der Bezirke Berane, Bjelopolje, Kolaschin und Rozaj, sind montenegrinischen Stammes. Mithin gibt es nach Abzug der dort lebenden Spaniolen, Türken, Montenegriner und Zigeuner 102.000 griechisch-orthodoxe Serben.

Nach den Bezirken (Kasas) der Sandschakate Novibazar und Kossowo (Pristina) geordnet, befinden sich im:

Bezirk	Mohammedaner	Serben u. a.
Plewlje	12.080	10.965
Prijepolje	6.000	10.344
Bjelopolje	20.326	6.000
Kolaschin	7.732	4.642
Sjenica	13.158	7.952
Nova Waros	2.808	7.000
Novibazar	18.904	15.102
Berane	1.000	7.000
Rozaj	8.436	2.508
Mitrowitza	5.600	8.090
Wucitru	19.636	4.654
Pristina	40.000	20.993
Gilan	24.545	15.000

Auf dem Kossowopolje in den Bezirken Gilan, Pristina, Wucitru und Mitrowitza, welche besonders dicht bevölkert sind, hat sich die im Jahre 1878 aus den zu Serbien geschlagenen Teilen des Paschaliks von Nisch fortgejagte albanische Bevölkerung angesiedelt. In Plewlje und Umgebung sitzen jetzt die im Jahre 1879 aus Niksić und Umgebung unter Verhöhnung des Rechtes

* Th. Ippen: „Novibazar und Kossowo“, Wien 1892, Seite 11.

und der Humanität vertriebenen mohammedanischen Serben*. Die dabei trotz der Schutzbestimmungen des Berliner Vertrages vorgekommenen Rechtsbrüche sind in einer damals anonym erschienenen Broschüre geschildert, welche der gewesene Privatsekretär des damaligen Prinzen Peter Karageorgevic, jetzt Generalkonsul Zivojin Balugdic, nach dessen Aufzeichnungen niedergeschrieben hat.

Im Vilajet von Üsküb gibt es 123.773 Bewohner mohammedanischer** Konfession, zumeist Albaner, dann arnautisierte Serben***, Türken in geringer Zahl. In den Bezirken, welche Serbien zu annektieren wünscht, leben nach Brancoff† 171.496 Anhänger der bulgarischen Exarchatskirche und 60.552 Bekenner der ökumenischen Patriarchatskirche, die sich unter den Metropoliten von Üsküb und Prizrend als serbische Volksangehörige bezeichnen. Es leben nämlich:

Bezirk	Exarchisten	Serben
Preschewo	—	30.184
Kumanowa	30.656	8.680
Istip	23.040	—
Üsküb	27.256	5.864
Karatowa	19.000	880
Weles	35.480	3.280
Tetowo und Gostiwar	22.424	11.504
Dibra	13.640	160
	171.496	60.552

* „Istina o Crnoj Gore", Beograd 1900. Th. Ippen: „Novibazar und Kossowo". Wien 1892.

** D. M. Brancoff: „La Macédoine et la population chrétienne", Paris 1905. G. Amardori Vergilj: „La questione rumeliota", Bitonto 1908.

*** Arnautisierte Serben sind Serben mohammedanischer Konfession. Sie tragen albanische Tracht und nennen sich selbst Arnauten, die türkische Benennung für Albaner. Sie befinden sich in einer völkischen Übergangsperiode, die mit der Annahme der albanischen Sprache endet, wodurch sie auch zu Albanern in sprachlicher Hinsicht werden. Skander-beg, der größte Held der Albaner, soll nach serbischen Geschichtsquellen erst im Mannesalter diese arnautisierende Metamorphose durchgemacht haben. Bei dem Fürstengeschlecht der Balšici in der Zeta ist sie dokumentarisch nachweisbar.

† D. M. Brancoff: „La Macédoine", 1905.

Es erübrigt nun nur noch, die Bevölkerungsverhältnisse auf der Hochebene des Weißen Drin und in der Luma, wo die volkreichen albanesischen Städte Ipek, Djakowa und Prizrend jenseits der Crnoljewaplanina liegen, zu ermitteln. Der österreichisch-ungarische Generalkonsul v. Hahn schätzte im Jahre 1863 die Bevölkerung von Prizrend auf 36.000 Albaner mohammedanischer Konfession, 2000 albanische Katholiken, 8000 Serben, die gegenwärtig jedoch auf 5000 zusammengeschmolzen sind*.

Die bekannte englische Schriftstellerin Miß Durham, welche Prizrend erst in diesem Jahre besuchte, behauptet, daß Prizrend jetzt eine rein albanische Stadt sei, deren Bewohner lieber verderben, als serbisch werden wollen**.

Die Stadt Djakowo ist rein albanisch. Über diese Stadt schreibt der Serbe Spiridion Gopčevič***: Djakowo, einst eine hervorragende serbische Stadt, ist heute ganz albanisiert. Von ihren 4100 Häusern sind nur 16 von christlichen Serben bewohnt, alle übrigen sind mohammedanische Albaner, die zu den größten nationalen Fanatikern gehören. Heute (1889) ist die Zahl der christlichen Serben, die im Jahre 1838 noch nach dem deutschen Reisenden Dr. Müller 2600 betragen haben soll, auf 100 zusammengeschmolzen und in wenigen Jahren wird sich in Gjakowo niemand mehr als einen Serben ausgeben.† Für Ipek gibt Spiridion Gopčevič nur die Schätzungen eines Serben Milojevic an, der im Jahre 1870 in dieser Stadt 2940 arnautisch-mohammedanische, 200 katholische und 700 serbisch-orthodoxe Häuser gezählt haben will. Gopčevič führt auch die Schätzung des deutschen Reisenden, Dr. Müller, an, der im Jahre 1838 nur mehr 130 orthodox-serbische Häuser vorgefunden hat. Trotzdem Gopčevič aus serbischen Regierungsquellen schöpfen konnte, da sein Werk im Regierungsauftrag und mit Regierungsunterstützung entstanden ist, weicht er doch der Feststellung des Anteils der Serben an der Bevölkerungsziffer aus und begnügt sich mit der Konstatierung,

* v. Hahn: „Drin-Wardarreise", Wien, 1867.

** Miß Durham: „Saturday-Review", London, November 1912.

*** S. Gopčevič: „Macedonien und Altserbien", Wien, 1889.

† S. Gopčevič: „Macedonien und Altserbien", Wien. S. 218 und 222.

„daß auch in Ipek das christliche Element sich täglich verringert". In dem nahegelegenen, von König Stefan Detschanski gebauten Kloster sind die serbischen Mönche ausgestorben. Sie wurden im Jahre 1906, über Ansuchen der serbischen Regierung in Petersburg, durch russische Mönche ersetzt. Gopčevič verzeichnet die Dörfer Ljuboschtina, Crnce, Tučeta, Veliki Istok, Bjelopolje und Crkovolce als christlich-serbische Heimstätten, den ganzen Bezirk Stari oder Mali Kolaschin (d. i. das Ibartal zwischen Ribaric und Mitrowitza) schätzt er auf 1600 christlich-serbische Häuser, was einer Bevölkerung von 8000 Serben entsprechen würde. Das serbische Bevölkerungselement in der Luma und auf der Hochebene des Weißen Drin ist aber im rapiden Schwinden begriffen. Es dürfte heute höchstens 12.000 Köpfe zählen. Während die Städte Prizrend, Djakowa und Ipek aus den albanischen Gebirgen, den Gauen des Dukadschin, der Mirditen und Malissoren unaufhörlichen Bevölkerungszuwachs erhalten, weil sie für die Berghirtenklasse Zivilisationszentren sind, kann sich die serbische Bevölkerung jener Städte aus den am Rande der Hochebene des Weißen Drin gelegenen kleinen Serbendörfern nicht ergänzen, da diese ihre spärlichen Bevölkerungsüberschüsse nach dem Kossowopolje (Mitrowitza) abgeben. Wenn man daher bei der künftigen Neuordnung der Balkanlandkarte die Städte Prizrend, Ipek und Djakowa zu Serbien schlagen wollte, so würde man den Skipetaren im nordöstlichen Albanien die für ihre Entwicklung notwendigen Zivilisationsmöglichkeiten unterbinden, die Städte selbst aber einem sicheren Niedergang überantworten.

Fassen wir nun die Zahl der orthodoxen Serben jener Gebiete zusammen, die Serbien annektieren will:

Kasas des Vilajets von Üsküb ohne das Kossowopolje	60.552	Serben
Novibazar und Kossowopolje	102.000	„
Kasas des Vilajets von Monastir	13.736	„
Luma mit Prizrend und der Hochebene des Weißen Drin	12.000	„
Zusammen	188.288	Serben

Von diesen Serben wohnen die Serben von Kossowopolje, des Sandschak von Novibazar und der Kasa von Preschevo,

140.800 Seelen, hart an der serbischen Grenze. Die übrigen 47.000 Serben leben in Sprachinseln zerstreut, inmitte einer Masse von 280.000 bulgarischen Exarchisten 120.000 mohammedanischer Albaner. Hinter Prizrend, Dibra und Struga aber beginnt das geographische Albanien, in welchem nur Albaner wohnen*.

Es wohnen nach Professor Baldacci in dem von Serbien beanspruchten Albanien:

Im Sandschak von Skutari	81.042 Katholiken 64.458 Muslimanen	150.160 Albanesen
„ „ „ Durazzo	133.965 Katholiken 81.997 Muslimanen	222.504 „
„ „ „ Dibra, Elbassan und Monastir**	65.000 Katholiken 154.000 Muslimanen 56.000 Orthodoxe	275.000 „
	Zusammen	647.664 Albanesen

Um sich eine serbische Bevölkerung von 47.000 Seelen anzugliedern, will also Serbien von einem Gebiete Besitz ergreifen, das von 800.000 mohammedanischen und katholischen Albanern und 280.000 Bulgaren besetzt ist, welch letztere mit dem Königreich Bulgarien schon seit Jahrzehnten in organischer Verbindung stehen.

Hat nun das Königreich Serbien die Qualitäten, solche in ethnographischer wie konfessioneller Hinsicht buntscheckige Länder zu verwalten und sich zu assimilieren? Besitzt es selbst einen genügenden Bevölkerungsüberschuß, um ihn in den weiten Raum der neueroberten Länder leiten und dadurch dort seine nationale Autorität befestigen, seiner staatlichen eine Stütze geben zu können? Das heutige Serbien ist nicht national einheitlich. Die Bevölkerung im Timoktale und im Bezirk von Pirot ist bulgarisch. Sie wird durch die Schule notdürftig serbisiert. Einwandernde bulgarische Feldgärtner werden zur Serbisierung ihres Namens gezwungen. Drangsalierungen der Bulgaren in Serbien gaben in den letzten Jahrzehnten wiederholt der bulgarischen Gesandtschaft in Belgrad Veranlassungen zu Vorstellungen bei der serbischen

* G. Baldacci: „Memoria alla Società Geografica Italiana", Roma, VII, 1901.

** Eugenio Barbarich: „Albania", Roma, 1905.

Regierung. Den serbischen Nordosten bewohnen Rumänen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung viel größer sein dürfte, als die statistischen Jahrbücher* zugeben. Da die weibliche Dorfjugend, wie fast überall in Serbien, keine Schule besucht, mißlangen bisher alle Serbisierungsversuche. Dieses rassenkräftige Bevölkerungselement wurde durch den Fürsten Milosch Obrenović in den Jahren 1826—30 aus Rumänien in Ostserbien angesiedelt, weil dort die Serben beständig sich nach Westen zurückziehen. Seither wächst es unaufhaltsam und schob sich bis an die Morawa vor. Die serbische Regierung verweigert den Rumänen die Abhaltung des Gottesdienstes und natürlich auch den Unterricht in ihrer Sprache. Die Polizei in Negotin und an anderen Orten wendet die Prügelstrafe gegen jede nationale Regung unter den Rumänen an. Wegen des Besitzes der Bilder König Carols und der Königin Elisabeth wurde im Jahre 1902 ein rumänischer Bauer aus Isakowo durch die Polizei zum Krüppel geprügelt.

Auch der kirchlichen Organisation der Katholiken in Serbien setzten bisher alle Belgrader Regierungen prinzipiellen Widerstand entgegen. Diese Staatspraxis steht im direkten Gegensatz zur Toleranz in Bulgarien. Hier ist das Recht auf nationalen Unterricht und Gottesdienst aller in Bulgarien lebenden Nationalitäten und Konfessionen seit der durch die Sobranje angenommenen lex Muschanow gesetzlich anerkannt. Die Rumänen haben in Sofia ihre eigene Schule und Kirche. Von allen Balkanstaaten hält nur Serbien allein mit zäher Leidenschaftlichkeit an dem mittelalterlichen Staatsideal: eine Kirche, eine Sprache, ein Staat, fest. Bei solchen prinzipiellen Grundsätzen kann es nicht wundernehmen, daß man die Albaner im ehemaligen Paschalik von Nisch, welche durch den Berliner Vertrag vom Jahre 1878 zu serbischen Staatsangehörigen gemacht wurden, gegen die ausdrücklichen Bestimmungen des internationalen Traktates von Haus und Hof trieb und über die Grenze jagte.

Im Jahre 1868 erhält der Generalkonsul von Hahn** zur annähernden Bestimmung der albanischen Bevölkerung in dem

* „Annu aire statistique de la Serbien" V. 1899 und XI. 1908.

** v. Hahn: „Reise von Belgrad nach Saloniki". Wien, 1868.

Paschalik Nisch von dem Generalkommando des Armeekorps von Rumelien die Mitteilung, daß der Bezirk

Kurschumlije	alljährlich . .	39
Leksowatz	„ . .	84
Wranja	„ . .	80
Prokuplje	„ . .	45 Rekruten erster Klasse

stelle. Diese Angaben werden dann von dem genannten Forschungsreisenden an Ort und Stelle überprüft und richtig befunden. In Wranja fand Hahn 600 von Albanern bewohnte Häuser, in Leskowatz 500 türkische, in Kurschumlije 50 albanische, in Prokuplje 500 albanische Häuser. Fast alle Dörfer des Toplitzatales waren damals albanisch. Diese Bevölkerung von mindestens 25.000 Seelen ist nach dem Berliner Frieden von Serbien bis auf den letzten Rest ausgerottet worden. Schon während des Krieges gaben die serbischen Reiter unter Oberst Leschjanin und Capitain Constantinowic, dem Vater der Prinzessin Natalie von Montenegro, den „räudigen albanischen Gesellen und ihrer Brut" keinen Pardon. Nach dem Friedensschlusse waren die Albaner dann Freiwild für jeden Serben, so daß sie auf das Kossowopolje flohen und dort mit den Serben seither in blutiger Fehde leben. Die serbische Regierung hat die menschenleeren Dörfer und Städte mit christlich-orthodoxen Serben neu zu besiedeln versucht. Bis heute jedoch ist es ihr nicht gelungen, in jenen Gegenden die Volksdichtigkeit von einst zu erzielen, obwohl man, da Serbien selbst keinen Volksüberschuß hat, Serben aus Montenegro und dem Sandschak, Syrmien und dem Banate durch Landschenkungen zur Ansiedlung heranzog. Trotz alledem zählte im Jahre 1905 das fruchtbare Toplitzatal nur 36 Seelen, der Bezirk Kosanica sogar nur 19 Seelen auf den Quadratkilometer*. Die schrecklichen Zustände, die sich als Folge der Albanerhetzen an der Grenze entwickelten, sind bekannt. Im Jahre 1902 schlug der Grenzhauptmann Alexander B. Bogosawljewic in seinem Buche „Über die Arnauten"** vor, ein besseres Verhältnis zwischen Serben und Albanern anzubahnen, weil ein solches unerläßlich sei; wenn

* Felix Kanitz: „Serbien", Leipzig 1904.

** A. Bogisaljewic: „O arnautima", Beograd 1899.

Serbien einmal das Kossowopolje in Besitz nehmen und sich dort behaupten wolle. Von Seite der serbischen Regierung ist aber nichts in dieser Richtung seither veranlaßt worden.

Auch Montenegro war nicht imstande, trotz einer den Albanern entschieden entgegenkommenden Politik die im Berliner Vertrag erworbenen Territorien in der gleichen Bevölkerungsdichtigkeit zu erhalten, wie es sie in den Jahren 1878—1882 übernahm. Antivari*, welches unter türkischer Herrschaft 5000 Seelen zählte, hat heute eine Bevölkerung von höchstens 1500 Seelen, unter denen das türkische und albanische Element weitaus überwiegt. Dulcigno, das vor der Annexion 8000 Bewohner hatte, beherbergt gegenwärtig höchstens 4500 Bewohner, die in ihrer Mehrheit Albaner sind. Der Verfall Dulcignos ist allerdings begreiflich, weil es der eigentliche Vorhafen von Skutari ist. Mit beißendem Spott, wahr, aber trotzdem ungerecht, schildert der Generalkonsul Zivojin Balugdič in einer vom damaligen Prinzen Peter Karageorgevic inspirierten Schrift den Verfall der ehemals türkischen Gebiete unter montenegrinischer Herrschaft:

„Wer diese Städte vergleicht, wie sie unter türkischer Herrschaft waren und wie sie jetzt sind, der wird zugeben, daß sie seit zwanzig Jahren Rückschritte machten. Antivari und Dulcigno waren unter türkischer Herrschaft zwei reiche, vorwärtsstrebende Küstenstädtchen, während sie jetzt stark zurückgegangen sind und in Ruinen liegen. Besonders mit Antivari steht es schlecht, denn es wurde dort das, was während des Krieges zerstört worden war, nicht wieder neuerrichtet. Die Einwohnerschaft ist größtenteils ausgewandert. Handel und Gewerbe stagnieren und das Land verwildert. Ehemals ankerten vor Dulcigno bis 500 Segelschiffe, heute mögen es keine 10 Schiffe sein, die im Hafen liegen. Alles ist verarmt, ausgewandert, ruiniert. Žabljak und Spuč, zwei blühende Städtchen zu türkischen Zeiten, sind jetzt die verlassensten zwei Dörfer Montenegros** . . . .“ Die Gründe für diesen Verfall sind jedoch nicht in der montenegrinischen Verwaltung allein zu suchen, sondern in dem merkwürdigen Schwinden des serbischen

* Dr. Kurt Hassert: „Montenegro“, Wien 1893, S. 261.

** Istina o Crnoj Gore Beograd 1900.

Bevölkerungselementes von der Scholle, auf der es wohnt. Dieses Schwinden der Serben von der Scholle, die sie bewohnen, ist nicht bloß eine Eigentümlichkeit der Serben in Serbien, wo sie von Rumänen und Bulgaren verdrängt werden, der Serben in Montenegro, wo das albanische Element stetig in serbische Gegenden vordringt, der Serben in der Türkei, wo das serbische Element nur mehr Sprachinseln bildet, sondern auch der Serben in Ungarn. In den Jahren 1853—1903* hatten in Ungarn die Serben das Übergewicht in 87 Orten an Deutsche, Ungarn, Slowaken, Tschechen und Kroaten verloren und nur in acht Ortschaften gewonnen. Im Jahre 1853 gab es noch 236 überwiegend serbische Gemeinden, im Jahre 1903 nur mehr 157 serbische Gemeinden in Ungarn. Aus diesem allgemeinen Niedergang der Siedlungen des serbischen Volkes sollte man wohl folgern dürfen, daß die staatliche Expansionspolitik Serbiens weder von der Zunahme der Bevölkerung noch von deren Raumbedürftigkeit bedingt ist, mithin auf keiner festen nationalen Grundlage fußt. Es scheint aber auch aus dieser unwiderleglichen Tatsache sich die Unwahrscheinlichkeit zu ergeben, daß die großserbische Staatsidee auf Kosten rassenkräftigerer Nachbarvölker dauernde Erfolge erringen kann. Selbst wenn sie auch von den Serben außerhalb des Sawekönigreiches getragen würde, was jedoch ganz gewiß nicht der Fall ist**.

Angesichts dieser Feststellungen wird man nun noch zu ermitteln haben, ob schon während der Türkenzeit ein inniger, kultureller Kontakt zwischen Serbien und der Mehrheit der Bewohner der von ihm angesprochenen Provinzen bestanden hat, wie er zwischen den Bulgaren und Griechen Mazedoniens und ihrer Nationalstaaten auf dem Balkan jedem Balkanreisenden auf Schritt und Tritt in die Augen springt. Mehr als 10.000 gebildete Mazedonier bulgarischer Volksangehörigkeit hatten ja schon vor dem Kriege geachtete Stellungen in der Staatsverwaltung, in den

* G. Betta, „Zeit“ XXXIV, Nr. 434, Wien. Königl. ungar. Kultus- und Unterrichtsministerium. „A népfajok Magyarországom“. (Die Volksstämme Ungarns.) Budapest 1903.

** Leopold Mandl, Österreich-Ungarn und Serbien. Wien 1909.

Kommunen, in der Rechtspflege, im Schul- und Kultuswesen des bulgarischen Zarates und bei Privatunternehmungen. Mehr als dreihundert Mitglieder des bulgarischen Offizierskorps* sind Mazedonier. Mazedonier finden sich unter den Universitätsprofessoren und auf den höchsten und verantwortungsreichsten Posten. Die bulgarischen Minister Nikola Ghenadiew, Alexander Radew, Andreas Liaptschew, Direktor Germanow, der schneidige Reitergeneral Tanew, der energische Diplomat Dimitri Rizow stammen aus Mazedonien, und zwar aus jenen Gegenden, welche Serbien in Besitz nehmen will.

Ein inniger Kontakt, wenn auch in anderer Art, besteht zwischen dem Hellenenkönigreich und Mazedonien durch den Hellenismus als Kulturelement und durch den Machtbereich des ökumenischen Patriarchates. Zwischen Serbien und den Mazedoniern gibt es nur einen künstlichen, keinen organischen Zusammenhang. Mazedonier und Altserben spielten im öffentlichen Leben Serbiens niemals eine Rolle. Im serbischen Offizierskorps gibt es keinen Mazedonier; ebensowenig im diplomatischen oder politischen Dienste. Bloß ein Dutzend Bandenführer, die erst für die bulgarische Organisation kämpften, später aber als Condottiere in serbische Dienste traten,** und später zum größten Teile von Bulgaren ermordet wurden, können als Zeugen eines gewissen Zusammenhanges zwischen der altserbischen und mazedonischen Bevölkerung mit dem serbischen Staate bezeichnet werden; ein dem bulgarischen ähnelnder, organischer Kontakt hat selbst zwischen der serbisch sprechenden Bevölkerung Mazedoniens und Serbiens bisher nicht bestanden.

Es ist schwer zu glauben, daß die 280.000 Bulgaren, die künftig serbische Staatsangehörige sein werden und die in den von Serbien neuerworbenen Städten Mazedoniens die überwiegende Mehrheit der christlichen Bevölkerung bilden, nach den Siegen von Kirkkilisse und Lüle Burgas aufhören, sich als Bulgaren zu fühlen und den bisher für die bulgarischen Mazedonier vorteil-

* Draganoff, „La Macédoine et les réformes", 1906, S. 17.

** Dr. Hugo Markuse, „Serbien und die Revolutionsbewegung in Mazedonien". Berlin 1908.

haften Kontakt mit Bulgarien aufgeben werden. Noch weniger ist zu erwarten, daß die Albaner sich mit der Einführung der „einheitlichen"* serbischen Sprache, ja mit dem serbischen Regiment überhaupt eher befreunden werden, als mit der ihnen von den Jungtürken vergeblich aufgedrängten Ottomanisierung. Dagegen ist unwahrscheinlich, daß Serbien in der Zukunft in Neuserbien andere Pazifikationsmaßregeln wählen wird, wie im eigenen Lande. Wenn selbst die Regierungen anders wollten, so würden ihre Absichten an der Xenophobie und dem Albanerhaß der serbischen Bevölkerung scheitern. Notgedrungen wird Serbien in dem von ihm angesprochenen, von einer fremden, feindlichen Bevölkerung bewohnten Provinzen ein ständiges Okkupationskorps von mindestens 30.000 bis 40.000 Mann halten müssen. Eine Gendarmerie zur Pazifizierung des Landes, wie sie in dem benachbarten Bulgarien funktioniert und die Ruhe und Ordnung auf dem Lande aufrecht hält, wird man in Belgrad nicht organisieren. Dagegen ist es gewiß, daß man auf die Vermehrung des serbischen Bevölkerungselementes in den neuerworbenen Gegenden durch systematische Kolonisation bedacht sein wird, da sonst das Land rasch veröden würde. Die serbische Armee zählt in Friedenszeit 30.330 Mann.** Es wird mithin eine Verdoppelung des Standes eintreten müssen. Für die Formierung eines Gendarmeriekorps fehlen Serbien die Kaders, da die Errichtung einer Flurgendarmerie in Serbien als Beeinträchtigung der Bauernfreiheit empfunden, noch immer von der Skupschtina abgelehnt worden ist.

Der serbische Bauer — 83·6 Prozent der Gesamtbevölkerung — huldigt in sozialer Hinsicht anarchistischen Idealen. Mehr als die Hälfte der bäuerlichen Bevölkerung sind Landproletarier. Nur das Heimstättengesetz erhält sie auf Grund und Scholle.*** Jede Art Staatsaufsicht betrachten sie als ein ihre persönliche Freiheit beeinträchtigendes Institut. Die öffentliche Sicherheit ist auf den Schutz durch Gemeindewächter, Panduren, angewiesen, die „zahme Heiducken" genannt werden, häufig gezähmte Heiducken oder

* K. Gersin: „Macedonien und das türkische Problem". Wien, 1903.
** v. Loebell: „Heer und Kriegswesen". Berlin XXXVIII. 1911.
*** Dr. Milutin Markovic: „Die serbische Landwirtschaft", München 1910.

noch schlimmeres sind. Dadurch ist in Serbien der Staat machtlos, seiner wichtigsten zivilisatorischen Aufgabe nachzukommen. Er kann den Kampf ums Recht auf keine breite und gesunde Grundlage stellen und dem Ursprung der Verbrechen nicht vorbeugen*. Die Sicherheitsverhältnisse in Serbien sind darum seit Jahrzehnten schlechter als in der Türkei. Nach den Angaben des letzterschienenen serbischen Jahrbuches haben in den

Jahren	Raubmorde	Qualifizierte Morde: Meuchelmorde, Gift- und Vatermorde	Raubmordversuch	Mordversuch
1897	371	207	—	323
1898	302	177	6	194
1899	243	159	—	238
1900	195	112	—	174
1901	170	129	—	132
1902	219	214	1	171
1903	119	85	—	165
1904	195	293	5	209
1905	296	223	3	201
1906	152	198	9	222
Im Jahresdurchschnitt:**	226	179	2	203

die serbischen Gerichte beschäftigt. In einer Bevölkerung von 2,700.000 Seelen sind von 1897—1906 in jedem Jahre 669 Personen (S. 768—69) in Serbien durch Mörderhand ums Leben gekommen. In der Regel büßen schwere Verbrecher nur durch verhältnismäßig geringe Kerkerstrafen. Strafhaus- wie Gerichtspflege sind korrupt, was durch den Raummangel in den Strafhäusern begünstigt wird. Die Todesstrafe existiert, dagegen fehlt die Institution des Scharfrichters, weil ein solcher von den Verwandten und Freunden (pobratrim) des Gerichteten ermordet werden würde.

Vor kurzer Zeit hat die serbische Regierung eine Liste***

* Gustav Razenhofer: „Zweck und Wesen in der Politik", Wien 1892.

** „Annuaire statistique de la Serbie, Tome XI", Belgrade 1908.

*** Spisak zuluma Turskih: „Extrait de la Liste des crimes commis en Vieille Serbie 1899—1912", Belgrade 1912.

jener Mordtaten veröffentlicht, die in den Jahren 1899—1912 in „Altserbien" an Serben und Zigeunern von Albanern, Türken, Bulgaren und „Unbekannten" begangen wurden. Nach dieser Liste, die den ausländischen Behörden und Zeitungen zugeschickt wurde, um für die serbische Herrschaft und „Kulturmission" in den eroberten Gebieten Stimmung zu machen, wurden in den serbisch redenden Gebieten der Türkei in dreizehn Jahren durch 349 Mordtaten 413 Serben und Zigeuner getötet. Die serbische Regierung hat aber wohl nicht an den Eindruck gedacht, den eine Vergleichung dieser statistischen Daten mit der Kriminalstatistik des Königreiches Serbien hervorrufen muß; eine Vergleichung, als deren Resultat sich die Tatsache ergibt, daß in dreizehn Jahren in den von Serben bewohnten Teilen der Türkei um 256 Serben weniger als im Königreich Serbien in einem einzigen Jahre ermordet wurden!

Die Hypertrophie an Mordtaten im Königreich Serbien ist nur auf die mangelhaften Staatseinrichtungen Serbiens zurückzuführen. Die Kriminalstatistik für Bosnien und Herzegowina, wo eine rein serbisch - kroatische Bevölkerung von 1,770.000 Seelen lebt, zeigt, daß dort die öffentliche Sicherheit nichts zu wünschen übrig läßt. Es beschäftigten dort die Gerichte:

im Jahre	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Morde .	28	17	33	21	26	23	19	28	22	19

im Jahresdurchschnitt 23—24 Morde. Während dieser zehn Jahre kamen in Bosnien und Herzegowina bloß vier Raubmorde vor*. In Serbien hat sich bisher keine Stimme erhoben, welche die Einführung ähnlicher Staatseinrichtungen gefordert hätte, die so heilsame zivilisatorische Ergebnisse in Bosnien und Herzegowina gezeitigt haben. Aber Verwunderung muß dennoch die Tatsache erregen, daß die serbischen Regierungen vom Jahre 1902—1906 nicht nur die serbische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina gegen die zu ihrem Schutze errichteten Einrichtungen durch eine syste-

* Gemeinsames Finanzministerium: „Bericht der Verwaltung für Bosnien und Herzegowina 1904—1912, Kriminalstatistik".

matische Preßhetze aufzuwiegeln suchten, sondern sogar im Auslande * darüber falsche Ansichten verbreiten ließ. Man kann dies erst verstehen, wenn man erkannt hat, daß die verwahrlosten Sicherheitszustände in Serbien die Grundlagen des furchtbaren Mysteriums der gegenwärtigen serbischen Staatspraxis sind, welche den bestellten Mord als unentbehrliches, erlaubtes Mittel zur Erreichung politischer Zwecke betrachtet.

Zum ersten Male entschloß sich der Vorstand der „Kulturabteilung" des Ministeriums des Auswärtigen, Herr Sweta Simic**, im Kabinette Dr. Wladan Georgevic auf dem Gebiete der auswärtigen Politik den bestellten Mord als Mittel zum Zwecke anzuwenden. Seit dem Jahre 1904 schob man die Ausführung politischer Justifizierungen außerhalb der Regierung stehenden Körperschaften zu. Der neuernannte Gesandte am Wiener Hofe, Joza Jovanovic, wurde als Nachfolger des Sweta Simic im Jahre 1905, der Begründer der serbischen Bandenpolitik, die den politischen Mord zu dem wichtigsten Bestandteil der serbischen Politik in Mazedonien machte.*** Unter dem Nachfolger des Joza Jovanovic in der Kulturabteilung des Ministeriums des Auswärtigen, Dr. Miroslaw Spalajkovic, wurde unter Leitung des

* Božidar Nikašinovic: „Bosnien und Herzegowina", Berlin 1902. André Barre: „La Bosnie et l'Hércegowine", Paris 1905.

** Über diesen Fall erzählten Sweta Simic und seine Freunde: „Zum dritten Male in kurzer Frist war ein auf Kosten der serbischen Regierung zum Theologen ausgebildeter Mazedonier zur bulgarischen Exarchatskirche übergetreten. In Belgrad beschloß man, zum abschreckenden Beispiel den Renegaten zu ermorden. Man sandte daher einen Mörder nach dem Dorfe bei Üsküb, wo der Mazedonier eine bulgarische Pfarre verwaltete. Allein der Mörder konnte sich im Dorfe nicht gleich zurechtfinden. Der Pope roch Lunte und entfloh nach Üsküb. Hier warf er sich vor dem serbischen Bischof Firmilian nieder und erhob sich nicht eher, bis dieser auf sein Brustkreuz geschworen hatte, daß dem Popen von Serben kein Leid zugefügt werden dürfe. Später entfloh der Geächtete nach Bulgarien. — Als Sweta Simic von dem mißglückten Ausgang der von ihm angeordneten Justifikation hörte, war er sehr vergnügt: ‚Wie glücklich,' sagte er, ‚bin ich, daß meine Hände rein geblieben sind. Wenn ähnliche Verfügungen künftig nötig sein werden, mögen sie Leute anordnen, die stärkere Nerven haben'." . . . . .

*** Draganoff: „La macedoine et les réformes Paris 1906 l'Action serbe".

Ministerialbeamten Ljuba Jovanovic die mißglückte Aktion behufs Ermordung des Königs Nikola von Montenegro im Jahre 1908 ins Werk gesetzt. Seit dem Jahre 1910 aber werden in der eigens zu diesem Zwecke gegründeten Zeitung „Piemont" des serbischen Offiziersvereines, im Volksmund „die schwarze Hand" genannt, die Serben und Kroaten in Österreich-Ungarn systematisch zu Attentaten gegen Persönlichkeiten in leitenden politischen Stellen der Monarchie aufgereizt, während gleichzeitig die bereits erfolgten Attentate des Zerajic auf den Kroaten General Varešanin in Sarajewo und des Luka Jukič auf den königlichen Kommissär von Cuvaj und den Banalrat von Hrvojić in Agram als Heldentaten, die verblendeten Jünglinge aber als Nationalmärtyrer des groß-serbischen Ideals gefeiert werden. A n g e s i c h t s d i e s e r b i s h e r i g e n E n t w i c k l u n g d r ä n g t s i c h d i e F r a g e a u f, o b m a n d e n n a n d e r S a w e n i c h t b e d e n k t, d a ß m a n a u f d i e s e W e i s e a u s B e l g r a d e i n e H o c h b u r g g r o ß s e r b i s c h e r A s s a s s i n e n, e i n „A l a m u t" f ü r a l l e v o n S ü d s l a v e n b e w o h n t e n N a c h b a r s t a a t e n s c h a f f t?

Um der großen Unsicherheit in Serbien zu steuern, behilft man sich dort heute mit dem Heidukengesetz, das unter dem Ministerium des Dr. Wladan Georgevic als fürchterlicher Notbehelf durch eine autoritäre Skupschtina beschlossen wurde. Eine öffentlich angeschlagene Verlautbarung der Kreisbehörde gibt jedermann das Recht, den Leichnam eines schweren Verbrechers gegen ein Schußgeld von 500 bis 1000 Dinar der Behörde abzuliefern. Gelegentlich werden auf solches Freiwild von Amtswegen Menschenjagden veranstaltet. Allwöchentlich findet man deshalb in den serbischen Zeitungen unter den Tagesneuigkeiten die Notiz: Aufgefundener Leichnam. Es sind dies Mitteilungen über Tote, die am Wege ermordet wurden, in der Regel, weil man sie für einen der gesuchten Rasbojniks oder Heiduken hielt, oder weil der Geächtete selbst befürchtete, von einem ihm Begegnenden getötet zu werden. Durch ähnliche Maßnahmen und Menschenjagden auf das albanische Freiwild wird Serbien im „Corridor zum Meere" dessen Ausrottung

betreiben. Gibt es einen zivilisierten Staat, der seiner Gesellschaft gegenüber den Mut hat, die Verantwortung für solche Zustände zu übernehmen? Wie Serbien die Albaner im Paschalik von Nisch in den Jahren 1878—83 in unglaublich kurzer Zeit ausgerottet hat, so wird es auch jetzt handeln, wenn man ihm albanische Landschaften in Verwaltung gibt. Und deshalb ist schon aus Gründen der Humanität die staatliche Separation der Albaner und der Serben ein Gebot der Zivilisation. Große Schwierigkeiten wird die Kolonisation der neuerworbenen Landstriche und Städte mit serbischen Bauern und Bürgern bieten, da in Serbien ein Bevölkerungsüberschuß nicht vorhanden ist. Ohne nationalen Rückhalt im Lande selbst, bloß auf Bajonette gestützt, kann sich aber eine serbische Gewaltherrschaft auf die Dauer weder in bulgarischen noch in albanischen Bezirken behaupten. Man wird daher in Belgrad durch Landschenkungen und Versprechungen die serbischen Bauern in Bosnien, Herzegowina, Slavonien und im Banat zum Verkaufe ihrer Felder und zur Ansiedlung in den von Albanern gesäuberten und konfiszierten Gütern „Altserbiens" bewegen.

Solche Versuche sind von Belgrad aus wiederholt, zuletzt unter dem Ministerium Dr. Michael Wuic gemacht worden. Sie dürften in nicht ferner Zukunft, verbunden mit einer energischen großserbischen Propaganda besonders in Bosnien und Slavonien wieder aufgenommen werden, um den Abfluß der mohammedanischen Bevölkerung zu ersetzen. Für Österreich-Ungarn zeigt dieser Ausblick in die nächste Zukunft eine Fülle von drohenden Schwierigkeiten und Gefahren für die ruhige und normale Entwicklung jeder Art reformatorischer Agrarpolitik in den von Südslaven bewohnten Ländern. Es wird ja nicht nur mit einem großen Unruhenherd in den von Serbien annektierten albanischen und bulgarischen Bezirken, sondern auch unter den Südslaven der Monarchie, mit Belgrader Versuchen einer Erschütterung der ökonomischen Organisationen der Slaven in Ungarn, Kroatien und Bosnien zu rechnen sein.

Nicht umsonst betonten die serbischen Staatsmänner in der letzten Zeit in ihren Erklärungen immer und immer wieder „die

Rückerwerbung der Wiege des alten serbischen Staates". Die Glorie, welche die leichtentzündliche slavische Phantasie um den serbischen Staat im Mittelalter gewoben hat, übt nicht bloß auf die Serben in Serbien, sondern auch auf die Ungarns und Kroatiens einen magnetischen Zauber aus. Bei keinem zweiten Volke Europas spielen in der Politik des einzelnen und der Gesamtheit die Einbildungskraft eine so große Rolle, wie in der serbischen Nation. Die Nachkommenschaft der Bevölkerung, die einst in den Ländern saß, welche als die Wiege des serbischen Staates bezeichnet wird und nach der Schlacht am Kossowopolje ihre Sitze verließ und in solchen Massen auswanderte, daß „Altserbien" heute nahezu serbenleer geworden ist, diese Balkanserben bilden heute die kompakte Masse der serbischen Nation in Ungarn und Kroatien. Die ersten Serbeneinwanderungen erfolgten schon 1404—12 nach der Schlacht auf dem Amselfelde*. Man siedelte sie in der Umgebung von Budapest an. Die zweite Einwanderung erfolgte unter dem Despoten Georg Brankovic, die dritte wird unter Albrecht II. im Arader Komitate seßhaft gemacht, die vierte unter Matthias Korvinus ergießt sich unter dem Despoten von Rascien Johann Gregorievics 1459 über Syrmien und das Temeser Banat; die fünfte führt Paul Kinisy im Jahre 1481 nach Ungarn. 50.000 Serben, darunter kampfgewohnte Männer in großer Zahl, werden in Syrmien und Banate seßhaft gemacht. Die sechste gleichfalls bedeutende Einwanderung bringen Jaksic, Milosch und Bosić aus der Gegend von Widdin, Zaitschar und Negotin. In das serbenleer gewordene heutige Ostserbien strömen Bulgaren, später Rumänen ein.

Bischof Maxim kam 1525 mit seinen Leuten und erbaute das Kloster Kruschedol am Berge Almus und im Jahre 1525 kommt der Abt Monasterly aus Monastir mit seinen Scharen. Die siebente bedeutende Serbenemigration erfolgt über Vorschlag des Kriegshelden Nikola Jurisić 1538. Die achte und bedeutendste Einwanderung geschah im Jahre 1690 unter Leopold I. mit dem Patriarchen von Ipek Arsen III. Cernojević, der 37—40.000 Familien, mindestens eine viertel Million aus der Drimebene, Luma und dem

* Prof. H. Schwicker: „Geschichte des Temeser Banates", Pest 1872.

Kossowopolje herüber nach Syrmien, Slavonien und in die Bačka bringt. Unter General Mercy fand dann die letzte neunte Serbeneinwanderung in das Temeser Banat statt.

Nicht vor den Türken flohen in erster Reihe die meisten dieser Völkerscharen, sondern vor dem ungestümen Vordringen des rassenkräftigeren Albanervolkes, das die verlassenen serbischen Länder, die „Wiege des alten serbischen Staates", einnimmt und sich dann weit hinauf bis an den Zusammenfluß der serbischen und bulgarischen Morawa ausbreitet, von wo es erst nach der Gründung Serbiens und besonders nach dem Berliner Vertrage durch den serbischen Staat wieder vertrieben und über die türkische Grenze zurückgeworfen wurde und jetzt neuerlich mit Feuer und Schwert ausgemerzt werden soll.

Deutlich erkennt man, daß hier einer der großartigsten Rassenprozesse im Gange ist, der bereits unter den Nemanjiden im Mittelalter begann und der, da er sich notwendigerweise auf Kosten des einen oder des anderen der beiden daran beteiligten Völker abwickelt, die beiden Nationen zu Todfeinden machen mußte. Die Albaner sind das rassenkräftigere, die Serben das weichere Element. Um den aufgezeigten Rassenprozeß zur Rückbildung zu bringen, fordert gegenwärtig Serbien die Angliederung von Nord- und Mittelalbanien, das es durch territoriale Zerstückelung erst schwächen, dann mit Hilfe der jeder modernen staatlichen Organisation zu Hilfe stehenden Machtmittel für Serbien unschädlich machen will. Das ist der wahre nationale Grund, weshalb von seiten der Serben die Forderung nach einem „Corridor zur Adria" und nach den Häfen San Giovanni di Medua und Durazzo erhoben wird. Durch den „Corridor zum Meere" soll Albanien seiner beiden wichtigsten, ja einzigen Querstraßen in das Innere der Balkanhalbinsel beraubt und seine Lebensader von vorneherein unterbunden werden. Man braucht sich diesbezüglich nur die bereits mitgeteilten politisch-geographischen Untersuchungen des Professors Jovan Cwijic vor Augen zu halten, um zu erkennen, daß es sich hier nicht um eine ökonomische, sondern um eine nationale und politische

Forderung Serbiens, um die Erwerbung der strategisch-wichtigsten Küstenlinie an der Adria, der Küstenknickung San Giovanni di Medua bis Durazzo handelt, wodurch Albanien ein lebensunfähiger Torso würde. Um diese nationalungerechte Prätension kulturell und volkswirtschaftlich zu maskieren, gibt man vor, durch jenen Landstreifen eine Eisenbahn zum Meere ziehen zu müssen, damit Serbien wirtschaftlich unabhängig von allen seinen Nachbarn werde. Diese projektierte Bahn würde von Ristowatz (der gegenwärtigen serbischen Grenzstation) über Üsküb und Dibra bis zum Adriatischen Meere eine Länge von 300 Kilometern haben. Eine Eisenbahnlinie zwischen der Scharung der dinarischen und albanischen Alpen von Prizrend nach Medua ist von allen Ingenieuren, die sich mit dem verkehrstechnischen Problem der nordalbanischen Querbahn befaßten, als kaum durchführbar bezeichnet worden. So bliebe nur die Bahn durch das Tal des Skumbi nach Durazzo oder Medua, die für den Import und Export Serbiens nicht in Betracht kommen könnte. Dagegen ist die Straße von Ragusa nach Nisch im XVI. und XVII. Jahrhundert als der kürzeste Weg von der Adria nach Serbien und Konstantinopel, besonders von den französischen, zur Pforte reisenden Gesandten, benützt worden.*

Nur die faktiöse serbische Verkehrspolitik hat bisher verhindert, daß sich diese wichtige Handelsstraße aufs neue belebe und der Verkehr aus Serbien die alte Bahn nach dem adriatischen Meere wieder aufsuche.

Für die neuen serbischen Landerwerbungen im Wardartal wird aber immer die kurze und billige Wardartalbahn, die Linie Üsküb—Weles—Saloniki, die einzig mögliche Hauptverkehrsader zum Meere sein. Die Getreideexportkammern Serbiens liegen aber an der Save und Donau. „Der direkte Verkehr Serbiens mit Westeuropa", schreibt das königlich- serbische Handelsmuseum in Belgrad im Jahre 1908,** „wird durch die untere Donau

* Dr. Constantin Jos. Jireček: „Die Handelsstraßen von Serbien und Bosnien nach Konstantinopel im Mittelalter." § 12, Prag 1879.

** Königlich-serbisches Handelsmuseum: „Serbien und seine wirtschaftliche Zukunft." Belgrad 1908.

ermöglicht. Auf diesem Wege ist Serbien viel näher den entferntesten westeuropäischen Märkten, als dies bei den nahesten amerikanischen Exportzentren der Fall ist.“ Wenn sich daher Serbien eines Hafens an der albanischen Küste zu bemächtigen sucht, so geschieht dies nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus nationalen und politischen Gründen. Wer in Struga, Dibra, Elbassan, Prizrend, Durazzo und Medua Garnisonen halten kann, der beherrscht und kontrolliert ganz Albanien und kann in allen Adriafragen ein gewichtiges Wort mitreden. Sollte die zur Behauptung Albaniens gehörende Rüstung den schwachen Schultern Serbiens zu schwer werden, so würden sich sicher Helfer finden, die sie gerne mittrügen. Der französische Forscher Ami Boué* hat schon im Jahre 1844 die militärische Festigkeit der albanischen Grenze einer detaillierten Prüfung unterworfen. Er fand, daß sämtliche Pässe der Zentralkette von der albanischen Seite leicht zu verteidigen sind. Mittelalbanien sei dagegen der schwächste Teil des Landes. Denn wenn der Feind, von Ochrida kommend, die Bagora (Candavia)-Pässe überschritten habe, stehe er im Herzen des Landes. Es eröffnen sich ihm die Wege nach Durazzo und Berat. Er kann den Norden vom Süden trennen und jeden einzelnen erobern. Monastir ist daher der Schlüssel zu den albanischen Pässen. Würde Serbien seine nationalen und politischen Absichten in Albanien offen bekennen, so wäre es einer schroffen Abweisung der öffentlichen Meinung in Europa gewiß. Denn die Albaner sind kein asiatisches, sondern ein europäisches Urvolk, das auf seiner Scholle hauste Jahrhunderte früher, ehe die Serben auf den Balkan einwanderten. Es ist in seinen breiten Massen zweifellos verwildert, aber gewiß nicht mehr als die serbische Berghirtenstämme in Rožaj, im Poretsch, um Kalkandelen und Tetowo. Auch gehören die Albaner zu den arbeitsamsten Völkern des Balkans.** Zu Hunderttausenden verlassen sie jährlich ihre Heimat; als Maurer und Zimmerleute sind sie in ihrer leicht erkennbaren Tracht auf dem Balkan und in Rumänien überall zu finden, wo Bauten ausgeführt werden. In Serbien sucht

* Ami Boûe „La Turquie en Europe“, Paris 1844, IV., 43 sq.

** v. Hahn: „Albanische Studien“, Wien 1853, a. a. O.

man sie als Mordgesellen und Wegelagerer hinzustellen; sie sind es nicht mehr als die Serbenstämme in ihrer Nachbarschaft. Nach den notorischen Greueltaten, welche die serbischen Truppen im Balkankriege an Albanern verübten, glaubt übrigens niemand mehr, daß Serbien zivilisatorische oder kulturelle Interessen nach Albanien führen. Nur einem Machtinteresse entspringt die serbische Forderung nach einem Korridor durch Albanien an die Adria, demselben Machtinteresse, zu dessen Befriedigung die wirtschaftliche Notwendigkeit einer Balkantransversalbahn von der russischen Grenze nach Durazzo und Medua vorgeschützt wurde. Wenn dieser jetzt in seinem Transdanubischen Teile Donau-Adriabahn genannte Schienenstrang schon heute von Serbien nach Durazzo führte, würden die agrikolen Produkte aus Serbien, so weit sie ihren natürlichen Absatz nicht auf den nahen mitteleuropäischen Märkten fänden, ihren Weg doch über die dalmatinischen Häfen nehmen müssen und dieser Weg stünde ihnen offen, wenn Serbien sein Bahnnetz an das bosnisch-dalmatinische anschließen wollte, was es schon vor fünf Jahren hätte tun können. Der serbische Handelsminister Costa Stojanovic hat einige Wochen vor Ausbruch des Balkankrieges erklärt, daß diese Anschlüsse erst nach Fertigstellung der noch nicht einmal trassierten Donau-Adriabahn ins Auge gefaßt werden sollen. Er hat damit den Schleier von der Verkehrspolitik Serbiens fortgezogen, die ebenso wie die serbische Handelspolitik nicht die nationale Wohlfahrt und die Förderung des Gemeinnutzes als hauptsächlichstes Ziel im Auge hat, sondern die vermeintliche Stärkung der Grundlagen der großserbischen Phantasmagorien nachstrebenden Staats- und Nationalpolitik.

III.

Die weitgesteckten Ziele dieser Politik, die Befreiung und Vereinigung aller von Serben bewohnten Länder, die dadurch bedingte Spekulation auf den gänzlichen Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie, endlich die Unschädlichmachung des aggressiven albanischen Volkselementes auf dem Balkan zwingen Serbien wegen der Unzulänglichkeit seiner eigenen nationalen Kräfte und politischen Macht, alle Hoffnungen und Kalkulationen auf die Mitwirkung einer Großmacht zu setzen. Als solche Großmacht konnte aber für Serbien nur Rußland in erster Reihe in Betracht kommen. Das würde indessen die Belgrader Politik nicht hindern, mit jeder fremden Macht sofort zu paktieren, welche in Serbien kontradiktorische Interessen zu Österreich-Ungarn vertritt. Es ist dies eine Folge der serbischen Staatsidee, welche ihre Verkörperung als Staatswesen durch den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie vereitelt sieht, wodurch sich ihr schroffer, unversöhnlicher Gegensatz zum Staatsgedanken der Donaumonarchie herausgebildet hat. Serbien ist ein Schwellenland, begrenzt durch die Donau und die schiffbare Save, gehört es ganz dem System der ersteren an. Durch die Talsenkung der Morawa und des Wardar ist es für den mitteleuropäischen Durchzugsverkehr von größter Verkehrs- und handelspolitischer Bedeutung; durch seine, das südliche Ungarn beherrschende Lage ist Belgrad der Schlüssel für Ungarn bis Budapest und das eiserne Tor. Diese geographische Situation hätte zur Folge haben müssen, daß sich Serbien als Staatswesen in voller Harmonie mit der benachbarten Donaumonarchie entwickle. In diesem

Falle wären Belgrad und alle serbischen Städte im Rahmen eines gemeinsamen handelspolitischen Systems aufgeblüht, die kulturelle, ökonomische und zivilisatorische Entwicklung Serbiens würde — bei absoluter politischer Unabhängigkeit — in engster Verbindung mit den Südslaven der Monarchie erfolgt sein. Die auf die Förderung der großserbischen Staatsidee abzielenden Regierungsmethoden verhinderten jedoch diesen natürlichen Gang der staatlichen Entwicklung und brachten Serbien in schroffen und unversöhnlichen Gegensatz zu Österreich-Ungarn und dessen Staatsinteresse. Das achtzehnte Jahrhundert der österreichischen Geschichte war ausgefüllt von glorreichen Kämpfen österreichischer Heerführer, die Belgrad und Donau-Serbien für die Monarchie erobern, Ungarn eine bessere, verteidigungsfähigere Grenze als die Donau sichern wollten*. Unvergessen war ja damals noch die strategische Bedeutung der heutigen Serbenhauptstadt für jeden Angreifer der Länder der Stefanskrone. „Dar el Dschihad", „Tor des Krieges", wurde Belgrad von den Türken genannt. Infolge der Doppelstellung Österreichs** zwischen Orient und Okzident scheiterten die weitsichtigen Pläne Prinz Eugens und Kaiser Josefs II. Schließlich versäumte Fürst Metternich zu Anfang des vorigen Jahrhunderts den letzten günstigen Augenblick, wo dies vielleicht noch möglich gewesen wäre. Die Serben in Donau-Serbien erhoben sich unter Kara Georg gegen die Türken. Russische Einflüsse, deren Träger der serbische Klerus schon im 18. Jahrhundert in jenen Gegenden war, machten sich seither immer stärker geltend und stabilisierten sich zuletzt in Serbien und in Montenegro. Im Jahre 1810 stellte sich Serbien unter russisches Protektorat. Russische Truppen besetzten die Donaufestungen, die sie nur deshalb nach anderthalb Jahren räumten, weil der mit Napoleon drohende Krieg die Russen zwang, mit der Türkei den eiligen Frieden von Bukarest (1812) zu schließen. Trotzdem die Serben damals von Rußland im Vertrage bloß der „Gnade des Sultans" „empfohlen" wurden, eine

* Dr. J. H. Schwicker: „Die Vereinigung der serbischen Metropolie von Belgrad und Karlowic", Wien, 1881.

** Adolf Beer: „Die orientalische Politik Österreichs seit 1772", Prag, 1883.

Gnade, die sie ein Jahr später zu einem neuen Aufstand zwang, hörte seither Rußland nicht auf, in der serbischen Politik jene Macht zu sein, deren Wohlwollen Nation und Gesellschaft für ganz unerläßlich für die nationale und staatliche Zukunft erachteten. Rußland konnte von nun an über die Kriegsbereitschaft Serbiens verfügen. Die Spekulation, sich einmal durch russische Hilfe auf Kosten der Türkei und Österreich-Ungarns zu einem mächtigen südslavischen Staat auf dem Balkan, dem Karst und an der Adria auszugestalten, blieb seit der Aufrichtung des souveränen Fürstentums an der Save (1830) das Leitmotiv der Politik der serbischen Demokratie. Je mehr in der serbischen Bevölkerung der großserbische Gedanke Wurzel schlug, desto mehr befestigte sich in der Allgemeinheit die Überzeugung, daß es einmal zu einer Konstellation in der internationalen Politik kommen müsse, in welcher Rußland für die Verwirklichung des großserbischen Ideals das Schwert ziehen werde. Auf den Eintritt dieser Möglichkeit basierte Serbien seine Staatspolitik unter wiederholter Preisgabe politischer und handelspolitischer Interessen. Rußland hat aus dieser Situation natürlich Nutzen zu ziehen verstanden. Ein Wink aus Petersburg, oft nur aus der Gesandtenvilla an der Belgrader Terazia, genügte, um serbische Fürsten und Könige, die nicht auf russische Befehle oder Wünsche hörten, zur Abdankung zu nötigen oder ihrem Schicksal zu überantworten. Eine ähnliche Allmacht eines fremden Staates in einem unabhängigen Königreiche, allein basiert auf nationalistische Gefühle, Ideen, Phantasien und Hoffnungen, ist ohne Beispiele in der europäischen Staatengeschichte. Rußland ist sich der Stärke seiner Position in Serbien wohl bewußt. Es weiß, daß sie selbst durch eine gegen das serbische Interesse gerichtete russische Politik nicht beeinträchtigt wird und hat danach auch seit einem Jahrhundert in allen großen Krisen, wo serbische Interessen neben russischen in Frage standen, gehandelt. Es hat in Belgrad wiederholt erklärt, daß es serbische Wünsche und Pläne nur so lange fördere, als dies die Rücksicht auf die eigenen gestatte. Auch Serbien handelte im Grunde genommen nach demselben Prinzip. Der Unterschied besteht nur darin, daß das amtliche Rußland sich von realpolitischen Erwägungen leiten läßt, Serbien aber

nur von den Hoffnungen auf die Verwirklichung eines bloß durch einen Weltkrieg erreichbaren staatlichen Ideals. Aus dem zwischen Rußland und Serbien bestehenden Verhältnisse ergibt sich die Gewißheit, daß Serbien in dem Augenblick einen Konflikt mit der Monarchie herbeiführen und auf die Spitze treiben wird, wenn es im Interesse Rußlands gelegen ist, Österreich-Ungarn in einen Krieg zu verwickeln.

Für den Historiker war diese Tatsache schon seit dem Jahre 1870 kein Geheimnis mehr: Damals soll Graf Andrassy — wie der serbische Staatsmann Jovan Ristic in seinen Memoiren behauptet — durch den damaligen österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Belgrad, Benjamin v. Kallay, Serbien einen Geheimvertrag angeboten haben, nach dem sich Serbien nur zur wohlwollenden Neutralität verpflichten sollte, wenn Österreich-Ungarn mit irgend einer Macht in Krieg verwickelt werden würde. Dafür soll Österreich-Ungarn dem kleinen, damals noch souzeränen Fürstentum die Erwerbung von Bosnien, Herzegowina, Novibazar und Altserbien in Aussicht gestellt haben. Während sich Österreich-Ungarn lediglich den katholischen Teil Bosniens, das Land bis zum Vrbas und zur Narenta, als Hinterland für Dalmatien zu annektieren vorbehielt. Die serbische Regierung lehnte diesen angeblichen Vorschlag ab, „weil eine Neutralität Serbiens bei einem Kriege Österreich-Ungarns mit Rußland den Gefühlen des serbischen Volkes widersprechen würde“. Wenn diese Darstellung Jovan Ristic' selbst richtig sein sollte, was ich entschieden bestreite, so ist es jedenfalls außer allem Zweifel, daß seither Österreich-Ungarn nie wieder wegen Bosnien und Herzegowina mit Serbien verhandelt hat, sondern sich im Jahre 1874 in Reichstadt* mit Rußland darüber unter Ausschluß Serbiens, beziehungsweise durch das Abkommen vom 15. Jänner 1877, verständigte.

Diese Erfahrung machte jedoch in Serbien keinen Eindruck. Das

* Fürst Otto Bismarck: „Gedanken und Erinnerungen“, Stuttgart. 1898, II., S. 215.

ehrliche Bestreben Österreich-Ungarn, zu Serbien gutnachbarliche Verhältnisse herbeizuführen, wurde nach dem Präliminarfrieden von San Stefano von Serbiens damals führendem Staatsmann, Jovan Ristic, benützt, um in Wien „eine Freundschaft der materiellen Interessen" in Aussicht zu stellen, wenn Österreich-Ungarn auf dem Berliner Kongresse das wieder einmal von Rußland „in Stich gelassene" Serbien um die Kreise Nisch, Pirot und Üsküb vergrößern helfe, welche Graf Ignatiew für Bulgarien beansprucht hatte.

Graf Andrassy sagte die Unterstützung der Monarchie zu und setzte die Vergrößerung Serbiens um vier neue Kreise durch. Dafür hatte sich Jovan Ristic verpflichtet, daß Serbien zu Österreich-Ungarn in ein der geographischen Lage entsprechendes engeres handelspolitisches Verhältnis trete. Dieses Präliminarabkommen vom 8. Juli 1878 brach Ristic schon in Berlin, wo er mit England einen Meistbegünstigungsvertrag abschloß, der bei dem auf Grund des Präliminarabkommens zu vereinbarenden Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn Sonderbegünstigungen für dieses von vorneherein unmöglich machte. Als aber schließlich der vertragsbrüchige Ristic der Monarchie sogar das Recht auf die Meistbegünstigung bestritt*, griff das Wiener Kabinett zu Repressivmaßregeln, die damals umso wirksamer waren, als Serbien noch über keine Eisenbahnverbindungen verfügte. Jovan Ristic „stürzte über Österreich-Ungarn" und wurde dafür in Serbien gefeiert. Čeda Mijatovic bildete ein Kabinett, mit dem der erste Handelsvertrag am 6. Mai 1881 und eine Veterinärkonvention zustande kam. Hinter dem Rücken seines Kabinetts unterzeichnete Mijatovic eine Militärkonvention mit Österreich-Ungarn für zehn Jahre, nach welcher sich König Milan verpflichtete, in einem Kriege Österreich-Ungarns mit irgend einer Macht neutral zu bleiben. Diese Konvention hat in der Folge dem König Milan den Thron gekostet. In Serbien war damals eine der skrupellosesten Parteien, welche die europäische Geschichte kennt, die Radikalen, emporgekommen. Hunderte von politischen Morden ermöglichten ihren

---

* Stoerck: „Recueil", XIV. Bd., S. 277.

Aufstieg. Sofort, nachdem der neue Handelsvertrag* in Kraft trat, erklärten sie, daß Österreich-Ungarn durch die Veterinärkonvention eine für die Bauern unerschwingliche Besteuerung durch die serbische Regierung ermöglichen wolle. Ein blutiger Aufstand im Timoktale war die Folge dieser Agitation gegen einen Handelsvertrag und eine Veterinärkonvention, welche Doktor Vladan Georgevic in seiner austrophoben Schrift: „Die serbische Frage“ im Jahre 1909 als den besten und günstigsten Vertrag bezeichnete, den Serbien je abgeschlossen hat. Als die Radikalen nach der Abdankung König Milans ans Ruder kamen, beeilten sie sich, diesen Handelsvertrag vom Jahre 1881 zu brechen. Der serbische Pamphletist Božidor Nikašinovic** gesteht dies offen mit folgenden Worten in seiner mit Regierungssubvention herausgegebenen Streitschrift ein: „Das radikale Kabinett des Generals Sava Gruic mußte im Jahre 1888 entlassen werden, weil die Skupschtina neue Zölle beschloß, die dem Vertrage mit Österreich-Ungarn zuwider waren.“

In die Zeitdauer dieses ersten Handelsvertrages fällt auch eine Reihe von Vertragsbrüchen, durch welche die serbischen Regierungen österreichisch-ungarische Privatunternehmungen schädigten. Die Verträge über die Verpachtung des Salz- und Tabakmonopols wurden storniert, die nominell in französischem Besitz befindliche neue Eisenbahn Belgrad—Nisch einfach mit Beschlag belegt. Und dies alles unter Schmähungen der Presse auf Österreich-Ungarn, „das Serbien ausbeute und dadurch verhindere, daß dem serbischen Bauer die Steuern erlassen werden können“, wie das Parteiprogramm der Radikalen versprochen hatte. Kann man sich wundern, daß bei solcher demagogischer Propaganda der dumpfe Haß gegen Österreich-Ungarn die breiten Volksschichten ebenso erfüllte, wie die Hoffnung auf den russischen Befreier? Auch die Konfiskation der Eisenbahn Belgrad—Nisch war, obwohl sie scheinbar ein französisches Unternehmen betraf, in jeder Hin-

* Dr. Karl Grünberg: „Handelsbeziehungen Österreich-Ungarns mit den Balkanstaaten“, Wien, 1892, S. 172, 173.

** Božidar Nikašinovic: „Bosnien und Herzegowina“, Berlin, 1903, S. 135.

sicht gegen österreichische Interessen gerichtet*, da bei dem Bankerott des Comptoir d'Eskompte ein Pack Aktien an eine österreichische Bank verkauft worden und damit die letzten französischen Interessen an dieser Unternehmung verschwunden waren. Dies war ja auch der eigentliche Grund für den Gewaltakt der serbischen Regierung, den die Belgrader Presse als „patriotische Tat" feierte, während man ihn im Auslande als eine „barbarische Beraubung" bezeichnete. Österreich-Ungarn aber beugte sich des lieben Friedens halber auch vor diesem fait accompli, was zur Folge hatte, daß die Tarife der für unseren Überlandtransport nach den zentralen Gegenden der Balkanhalbinsel unentbehrlichen Bahnlinie gegenwärtig so hohe sind, daß sie die Konkurrenz unserer Exportwaren bereits wesentlich erschweren. Auch die zweite Handelsvertragsperiode von 1892—1903 weist verschiedene, teils geglückte, teils mißglückte Versuche Serbiens auf, die vertragsmäßig festgestellte handelspolitische Position der Monarchie nachträglich zu verschlechtern und zu untergraben**.

Allgemach hatte sich aus dieser Übung eine Methode entwickelt, durch welche die serbischen Regierungen das handelspolitische System, das Prof. Milic-Radowanowic an der Belgrader Universität lehrt, in der serbischen Staatspraxis zur Durchführung brachten. Die politische Unabhängigkeit Serbiens, dies die Grundzüge der Milic-Radowanowicschen Lehre, kann nur auf der vollen wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Königreichs aufgebaut werden. Erst wenn diese erreicht ist, wird Serbien den ungünstigen Einfluß des geographischen Momentes überwinden und ein festes Fundament für den Ausbau der großserbischen Staatsidee gelegt haben. Da Serbiens wirtschaftliche Unabhängigkeit nach dieser Lehre nur von Österreich-Ungarn und dessen Balkaninteressen bedroht ist, so müsse diese Tatsache dadurch beseitigt werden, daß Serbien seinem Außenhandel neue Wege und Märkte erschließt, Einfuhr und Ausfuhr aller europäischen

---

* Radoslaw M. Dimkoff: „Das Eisenbahnwesen auf der Balkanhalbinsel", Bamberg, S. 71.

** Dr. Karl Grünberg: „Handelsbeziehungen", a. a. O.

Länder nach und aus Serbien auf Kosten der österreichisch-ungarischen Industrie und des österreichisch-ungarischen Handels begünstigt. Zu diesem Zwecke sei auf die Prohibitierung spezifisch österreichisch-ungarischer Erzeugnisse, auf die Ausschließung der Monarchie vom Rechte der Meistbegünstigung und von allen Staatsbestellungen und Staatsunternehmungen hinzuarbeiten. Für den Absatz der agrikolen Produkte wären andere Wege als durch Österreich-Ungarn und andere Märkte zu suchen. Dieses dem österreichisch-ungarischen Absatz feindliche handelspolitische System Serbiens wurde bald nach dem Abschluß des Zweibundes (1895) durch diesen wesentlich gefördert. Die französische Demokratie benützte das mit Rußland eingegangene Allianzverhältnis, um auf dem Balkan eine Ausnahmsstellung bei Staatsbestellungen zu erobern. Diese Absichten Frankreichs paßten vortrefflich in das österreich-ungarnfeindliche handelspolitische System Serbiens. Es ist eine irrige Ansicht, daß den agrarischen Tendenzen in Österreich-Ungarn, welche in der Folge den Abschluß des Handelsvertrages vom Jahre 1908, bezw. 1909 allerdings erschwerten, die Hauptschuld an der Verschlechterung unserer handelspolitischen Beziehungen in Serbien beizumessen ist. Sobald man in Österreich-Ungarn wußte, daß durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ein Volkshaus mit agrarischer Mehrheit zustandekommen werde (1905), beeilte sich der damalige Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, und der damalige österreichische Ministerpräsident Freiherr von Beck, dem serbischen Gesandten Dr. Michael Wuic mitzuteilen, daß Serbien, wenn es einen seinen Bedürfnissen entsprechenden Handelsvertrag wolle, so bald als möglich an den Beratungstisch seine Unterhändler entsenden möge. Als Antwort auf diese Einladung begann das Ministerium Paschic die Eröffnung der Handelsvertragsverhandlungen zu verschleppen. Heimlich hatte man in Belgrad mit Bulgarien eine Art serbisch-bulgarischer Zollunion vereinbart, die den unverkennbaren Zweck hatte, Bulgarien in den handelspolitischen Kampf mit Österreich-Ungarn hineinzuziehen und das Recht der Meistbegünstigung für Österreich-Ungarn einzuschränken. Dr. Michael Wuic, Dr. Milovan

Milovanovic, Dr. Mika Popovic, drei serbische Minister, leugneten den im Juni erfolgten Abschluß dieser „Zollunion" im Dezember feierlich ab, obwohl es notorisch ist, daß sie davon Kenntnis hatten. Ebenso stellten die Existenz des Vertrages in Belgrad die Minister Dr. Lazar Patschu, Dr. Ljuba Stojanovic und Dr. Milorad Draskovic in aller Form in Abrede. Diese ränkesüchtige, rückhältige, illoyale Verhandlungsweise der serbischen Staatsmänner ist am 14. Jänner 1906 auf dem Hofballe durch Kaiser Franz Josef dem serbischen Gesandten gegenüber durch die Bemerkung gekennzeichnet worden: „Man setzt sich nicht mit jemandem ins Einvernehmen, wenn man gegen ihn einen Vertrag abgeschlossen hat."

Eine Darstellung der Geschichte des letzten Handelsvertrages müßte den knappen Rahmen dieser Skizze durchbrechen. Deshalb soll nur noch auf das Verhalten der leitenden Persönlichkeit in der serbischen Handelsvertragsfrage, Herrn Nikola Paschic, hingewiesen werden, der eingegangene Vereinbarungen brach, und damals dem Belgrader Korrespondenten der „Zeit" gegenüber offen erklärte, „daß man gegebene Versprechungen nicht zu halten brauche". Es geht daraus hervor, daß die serbischen Staatsmänner ohne Unterschied bei handelspolitischen oder verkehrspolitischen Abmachungen mit Österreich-Ungarn aus Rücksicht auf die austrophobe Gärung der serbischen Gesellschaft und die Erhaltung ihrer Volkstümlichkeit, vor allem aber im Hinblick auf den handelspolitischen und verkehrspolitischen Teil des Nationalprogrammes vertrauensunwürdig sind, und daß Abmachungen mit Serbien, selbst wenn sie durch die Skupschtina bestätigt würden, nicht die geringste Garantie gegen spätere Schädigung österreichisch-ungarischer Interessen durch Serbien bieten. Die grundsätzliche Verdrängung der österreichisch-ungarischen Handels- und Verkehrsinteressen ist ja seit Jahren durch die serbische Politik selbst dort nachweisbar, wo damit gleichzeitig eine schwere Schädigung der eigenen ökonomischen

Interessen verbunden ist. Auf die Haltung Serbiens in der Anschlußfrage der serbischen Westbahnen an das seit 1906 an die bosnisch-serbische Grenze ausgebaute Bahnnetz der Monarchie ist bereits hingewiesen worden. Serbien, das seit drei Jahren sein Bahnnetz ausgebaut hat, könnte ebensolange schon in Verbindung mit dem nächsten Adriahafen sein (d. i. für Serbien der Hafen von Ragusa-Gravosa), den es angeblich für die Ausfuhr seiner agrikolen Produkte so dringend nötig hat. Es ist davon bisher abgestanden, weil daraus nicht nur für Serbien, sondern auch für die Monarchie ökonomische Vorteile hätten erwachsen können. Noch greller tritt diese nationalistische Taktik der serbischen Politik in der Behandlung der Viehfrage anläßlich der letzten Handelsvertragsverhandlungen hervor. In der ersten gemeinsamen Sitzung der österreichischen, ungarischen und serbischen Handelsvertragsdelegierten in Wien machte der leitende Unterhändler der Monarchie Serbien das Anerbieten der freien Vieheinfuhr, wenn Serbien im Lande selbst dieselben veterinären Maßnahmen durchführen und handhaben wolle, wie Österreich-Ungarn es auf seinem Gebiete tut. Die serbischen Unterhändler lehnten den Vorschlag ab, worauf Österreich-Ungarn ein Kontingent in Vorschlag brachte, das, auf dem vorhandenen serbischen Viehstapel fußend, den serbischen Landwirten den regulären Absatz ihrer Viehproduktion sichern sollte. Auch dies war indes nicht nach dem Geschmack der leitenden serbischen Staatsmänner, welche bewußt auf den Zollkrieg mit Österreich-Ungarn hinarbeiteten, um die konservative serbische Landwirtschaft zum Aufsuchen neuer Märkte für den Viehabsatz zu zwingen. Von Seite der Monarchie trat während dieses handelspolitischen Experimentes lediglich die Sperre für veterinäre Produkte und der autonome Tarif in Kraft. Ein eigentlicher Zollkrieg, wie von serbischer Seite, ist von Österreich-Ungarn nicht geführt worden, so daß sogar serbisches Getreide in jenen Zeiten Abfluß nach den Märkten Ungarns fand. Schließlich kam es nach aufregenden Zwischenfällen endlich zum Abschlusse des Handelsvertrages vom Jahre 1909, in welchem Serbien ein wesentlich kleineres Kontingent an geschlachtetem Vieh zu ermäßigten Zollsätzen erhielt. Die serbischen Unter-

händler bestanden nicht auf dem im Handelsvertrage vom Jahre 1908 vereinbarten Kontingent, das zu gewähren der damalige Unterhändler, Gesandter Graf Forgach autorisiert war. Man unterließ es serbischerseits sich auf die durch Graf Aehrenthal während der Annexionskrise zugesagten wirtschaftlichen Vorteile zu berufen, um das Kontingent des stornierten Vertrages vom Jahre 1908 zu erlangen, obwohl man wissen konnte, daß man es erhalten würde. Der Schaden, welcher den serbischen Viehzüchtern seither aus dem neuen Handelsvertrage infolge des Umstandes entstand, daß die serbische Regierung auch den Viehexport nach den neuen Märkten via mare aufrechterhalten wollte, läßt sich ziffermäßig feststellen, da gegenwärtig auch geschlachtetes Vieh zum vollen autonomen Tarife über das Kontingent hinaus auf die österreichisch-ungarischen Märkte abgeführt wird. Keine Stimme des Vorwurfes oder der Kritik hat sich trotzdem bisher aus diesem Anlasse gegen die Regierung in Serbien erhoben. Trotz aller gemachten handelspolitischen Erfahrungen bleibt die möglichste Absperrung Serbiens von den österreichischen und ungarischen Märkten das Ideal der serbischen Handelspolitik unter dem Beifall aller Stände. Nur so erklärt es sich, daß das königlich serbische Handelsmuseum an die Kaufleute und Kapitalisten des Auslandes eine Einladung richten kann, die in den Sätzen gipfelt:

„Bisher war die Entwicklung des Handels und der Industrie Serbiens durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Österreich-Ungarn gehindert, aber die Verhältnisse der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Befreiung Serbiens von den österreichisch-ungarischen Märkten wohl möglich ist, und daß Westeuropa seine Kapitalien hier mit Erfolg anlegen dann. Dem wird noch der Umstand zugute kommen, daß in den neuen Handelsverträgen die Zölle schärfer angezogen sind als in den früheren. Mittel- und Westeuropa haben die Möglichkeit und alle Veranlassung, dies kleine aber zukunftsvolle Land wirtschaftlich zu erobern*.“ Handelspolitische Feindseligkeit kann sich nicht offener deklarieren.

* Königl. serb. Handelsmuseum: „Serbien, seine wirtschaftliche Gegenwart und Zukunft“. Belgrad, 1908.

Als Sperrblock will sich Serbien vor die wichtigsten Handelswege Österreich-Ungarns nach dem Balkan legen, und den natürlichen Abfluß unserer Erzeugnisse von seinen Grenzen fernhalten. Kann es da noch einen Zweifel geben, daß die energische Wahrung unserer handels- und verkehrspolitischen Interessen in einem Augenblick unerläßlich ist, in dem Serbien sich auch aller übrigen Handelswege zu bemächtigen sucht, die der Monarchie nach dem Balkan und dessen Märkten bisher offen standen?

IV.

Die Herausforderungen Serbiens, wo man die Verirrungen des nationalen Bewußtseins zu einem politischen System ausgebaut hat, waren nur möglich durch den Rückhalt, welchen der kleine Staat an den Mächten des Zweibundes fand. Seit die Allianz zwischen dem Zarenreiche und Frankreich im Jahre 1895 zustande gekommen war, formulierte Nikola Paschic seinen alten Lieblingsgedanken, das serbisch-bulgarische Bündnis unter russischem Protektorate auf dem Balkan. In Rußland selbst nahm man diese Idee eifrig auf. Die Beziehungen zu Bulgarien, seit dem Sturze Alexander von Battenbergs unterbrochen, werden wieder hergestellt. Rußland selbst fördert die Annäherung der slavischen Balkanstaaten. Die Idee einer Balkantransversalbahn quer durch Rumänien zum Eisernen Tor und von dort längs der serbischen Ostgrenze nach Durazzo oder Medua in Albanien taucht auf. Es ist eine gegen die militärische Stellung Österreich-Ungarn gerichtete strategische Anmarschlinie, wirtschaftliche Interessen werden zwar vorgeschützt, kommen aber in Wahrheit nicht in Frage. Am 3. März 1897* kommt es zur ersten serbisch-bulgarischen Abmachung unter dem radikalen Kabinette Georg Simic und dem bulgarischen Ministerium Stoilow. Wegen eines ähnlichen Übereinkommens wurde mit Montenegro verhandelt**. Der slavische Balkanbund taucht zum erstenmale in flüchtigen Umrissen auf. König Milan durchkreuzt die panslavistischen Pläne. Er eilt nach Belgrad und stürzt die Radikalen. Erst nach der Heirat König

* Alexander Petrovic: „Macedonien". Berlin, 1904.

** Dr. Wladan Georgevic: „Das Ende der Obrenovic". Leipzig, 1905.

4*

Alexanders mit Frau Draga Maschin kommen sie wieder ans Staatsruder. Der serbische Ministerpräsident Dr. Michael Wuic hat im Jahre 1902 eine Begegnung mit dem bulgarischen Staatsmann Dr. Stojan Danew, die alten Unionspläne werden neu erwogen. Zwischen der serbischen und der bulgarischen Russophile bestehen zwei prinzipielle Unterschiede. Die serbische Russophile ist eine N a t i o n a l-, die bulgarische P a r t e i s a c h e einiger Fraktionen im politischen Leben des Königreiches. Aber selbst die am meisten russenfreundlich gesinnte Partei des scharfsinnigen Staatsmannes Dr. Danew strebt nur einen Akkord der bulgarischen mit den Interessen Rußlands auf dem Balkan an, damit sich die russische Politik n i c h t in bulgarische Angelegenheiten m i s c h e, während die serbische Russophile gerade diese E i n m i s c h u n g b e h u f s F ö r d e r u n g d e s s e r b i s c h e n S t a a t s z w e c k e s w ü n s c h t.

In dieser Zeit führten zwischen Frankreich und Rußland getroffene handels- und finanzpolitische Abmachungen zu einer Mitteilung des russischen Botschafters Sinowieff an die serbische Gesandtschaft und bulgarische Agentur in Konstantinopel, des Inhaltes, daß künftighin keiner der beiden Balkanstaaten ohne vorherige Zustimmung Rußlands auf dem französischen Kapitalmarkte seine Anleihebedürfnisse werde befriedigen können. Als Serbien im Jahre 1902 in Paris eine Anleihe aufzunehmen sucht, wird ihm bedeutet, daß es seine Staatsbestellungen an die französische Industrie vergeben müsse. Ähnliche Bedingungen werden bald darauf auch dem bulgarischen Kabinett Dr. Danews gestellt. Während man in Belgrad gerne die französischen Forderungen annimmt, kann sich dazu Bulgarien nur zögernd und mit Vorbehalt verstehen. Serbien fühlt jetzt einen festen Finanzboden unter seinen Füßen. Die Interessen des Zweibunds decken seinen Rücken. Die großserbische Propaganda in Bosnien beginnt in großem Stile. Belgrad beherbergt jetzt interessante Gäste. Der slawophile General Rudakowski studiert wochenlang die politische und militärische Situation an der Save. Der russische Oberst Leontieff unterwirft im Auftrage des russischen Kriegsministers die serbische Armee einer strengen Prüfung. Die russophilen Radi-

kalen verzögerten bisher den organischen Ausbau des serbischen Heeres, weil es auch eine Waffe in der Hand der Obrenovic und ihrer autoritären Neigungen war. Nach der Ermordung König Alexanders am 11. Juni 1903 wandeln sich die Radikalen aus einer antimilitaristischen in eine armeefreundliche Partei, welche die Rüstungen eifrig betreibt, gefördert durch die französische Demokratie, welche sowohl Serbien, als Bulgarien mit Gold überschüttet und eine Ära des Aufschwunges solcherart auf dem Balkan herbeiführte, dabei aber übersehen zu haben scheint, daß durch die Wehrhaftmachung der expansionslustigen Balkanstaaten mit französischem Gelde die großen .konservativen Interessen Frankreichs im nahen Orient am meisten gefährdet werden müssen. Vielleicht täuschte man sich auch anfangs über die Ziele und Absichten Rußlands infolge des damaligen friedlichen Zusammengehens Rußlands mit Österreich-Ungarn in der Ära der Balkanentente 1897—1908. Wer aber schärfer hinsah, konnte nicht verkennen, daß Rußland nur in veränderter, der Balkenstaaten-Konstellation besser angepaßten Weise nach den alten, zeitweilig zurückgestellten Zielen strebte; der Durchsetzung der russischen Forderungen in der Meerengenfrage und dem Protektorate über die slavischen Balkanstaaten. Serbien war Rußland, im Gegensatze zu dem seine Unabhängigkeit eifrig hütenden Bulgarien, unter allen Umständen sicher; deshalb begünstigte man seit dem Jahre 1904 alle Bestrebungen der Belgrader Regierungen, die bulgarische Politik in ihre Kreise zu ziehen. Am 25. Mai 1904 gelang Nikola Paschic, anläßlich der Zusammenkunft König Peters mit Fürst Ferdinand in Nisch, die Unterzeichnung eines Abkommens, welches die Zollunion und eine einheitliche Verkehrspolitik vorbereitete. Im Jahre 1908 fand die österreichisch-ungarische Ententepolitik ihr Ende. Zum erstenmale zwang uns das österreich-ungarnfeindliche Vorgehen Serbiens, hinter dem damals die ganze Tripelentente stand, zu umfassenden Rüstungen. Drei Jahre später, während der Balkankrieg im Gange war, wurde der serbische Ministerpräsident Nikola Paschic vom bulgarischen Ministerpräsident Geschow telegraphisch als der Inaugurator des Balkanbundes beglückwünscht. Schon vorher war Paschic dafür vom

Zaren Nikolaus in Moskau mit dem Großkreuz des Alexander Newski-Ordens ausgezeichnet worden. Für Rußland war der Balkanbund ein durch Nikola Paschic zugeschliffenes Schwert, das die Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne vorbereiten sollte, nachdem die diesbezüglichen diplomatischen Bemühungen der Herren Iswoisky und Tscharikoff in den Jahren 1908—1912 gescheitert waren. Ganz im Sinne der panslavistischen Ideen, die schon im Präliminarfrieden von San Stefano der Umgestaltung der Balkanlandkarte zugrunde lagen, soll jetzt Bulgarien nach den Siegen von Kirkkilisse, Lüle Burgas und Tschorlu von Konstantinopel und Saloniki abgedrängt, in möglichst offene Grenzen eingezwängt werden, während Serbien mit seinen Aspirationen nach der Adria gewiesen und in Frontstellung zu den Adriamächten, vor allem Österreich-Ungarn gebracht werden soll.

Unter dem politischen, möglicherweise auch militärischen Protektorate Rußlands und der finanziellen Hilfsbereitschaft Frankreichs stehend, glaubt Serbien gegenwärtig unter allen Umständen mindestens soweit der Hilfe beider Mächte sicher zu sein, daß es jederzeit einen gedeckten Rückzug nach seinen Herausforderungen und systematischen Beunruhigungen Österreich-Ungarns antreten könne, weil es genau seine Wichtigkeit für Rußland als Dorn in der Weiche Österreich-Ungarns und als Sporn in der Flanke Bulgariens kennt. So ist das kleine Serbien zum Laboratorium geworden, in dem alle Gattungen von Gift, die insbesonders zur Einschleppung in die südslavischen Länder der Monarchie bestimmt sind, in den letzten Jahren erzeugt wurden. Unermüdlich ist es in seinen Versuchen, die Grundfesten Österreich-Ungarns in jeder Weise zu erschüttern oder zu untergraben. Wie es daraus ein ganzes politisches System zu machen verstand, ist gezeigt worden. Die Angliederung der von Serbien geforderten, von nichtserbischen, ja feindlich gesinnten Nationen bewohnten Gebiete, würde nur den ohnehin bestehenden politischen Notstand nur noch verschlimmern. Schon in der nächsten Zukunft würde es zu einer unverhüllten Hervorkehrung des russischen Protektorates in Serbisch-Albanien und in der Primorje (das von den Serben so genannte Küstenland) kommen, zu deren Verwaltung

das heutige Serbien weder die materielle noch moralische Befähigung besitzt. Länder, die bisher unbestritten zur eigentlichen Interessensphäre Österreich-Ungarns auf dem Balkan zählten, sollen in den Machtbereich eines Staates fallen, der bisher die Handels- und Verkehrsinteressen der Donaumonarchie prinzipiell und systematisch geschädigt hat. Um dies zu verhüten, ist eine energische Wahrung der Staatsinteressen Österreich-Ungarns bei der Neuordnung der Ländergrenzen auf der Balkanhalbinsel unerläßlich. Österreich-Ungarn muß sich unter allen Umständen Garantien verschaffen, daß mit der Lösung der gegenwärtigen schweren Krise auch der krankhafte politische Zustand ein Ende nehme, der den Eintritt normaler Verhältnisse im Südosten der Monarchie seit Jahren unmöglich machte.

Eine solche Garantie, und zwar die wichtigste, ist die Gründung eines freien und unabhängigen Albanien mit einer Bevölkerung von mindestens zwei Millionen Seelen, verteidigungsfähigen Grenzen bei voller Berücksichtigung der sozialen Entwicklungsart des skipetarischen und toskischen Volkselementes und dessen Beziehungen zu den einzelnen albanischen Bevölkerungszentren. Blühende albanische Städte dürfen nicht dem serbischen Schlächter ausgeliefert werden, damit er sie in Trümmerhaufen und Friedhöfe umwandle.

Das unkündbare Recht der Meistbegünstigung für alle Handelsverträge mit den einzelnen Balkanstaaten als Äquivalent für die in der Türkei bestandenen Kapitulationen ist eine unbedingte Notwendigkeit für den Schutz der österreichisch-ungarischen Handelsinteressen auf dem Balkan. Die Zusicherung der Meistbegünstigung im Friedensvertrag von Frankfurt, vom Jahre 1871, hatte die zivilisatorische Wirkung, daß zwischen Deutschland und Frankreich auf handelspolitischem Felde keinerlei Reibungsflächen entstanden. Allerdings konnte die Einräumung der Machtbegünstigung auf den Märkten der Balkanstaaten nur dort einen Schutz für den österreichisch-ungarischen Handel und die Industrie und deren zukünftige normale Entwicklung bieten, wo die staatliche Handelspolitik nach zivilisatorischen, nicht aber nach barbarischen

Prinzipien gemacht wird, wie dies unserer Monarchie gegenüber in Serbien der Fall ist.

Die Sicherung der Freiheit unserer Handelswege nach dem Balkan, das Recht auf mehreren für den österreichisch-ungarischen Verkehr besonders wichtigen Straßen die Schienenwege selbst bauen und auf die Tarifpolitik Einfluß nehmen zu dürfen, dies alles ist unerläßlich. Auch an die Kanalisierung des Talzuges der Morava und des Wardar, dieser wichtigen, natürlichen Verbindung zwischen der ungarischen Donau und dem Ägäischen Meere, wird nicht vergessen werden dürfen, weil der künftige Kanal für ganz Mitteleuropa noch in diesem Jahrhundert von höchster Bedeutung werden kann, besonders, wenn sich die Macht Rußlands am Goldenen Horn im Laufe der Zeit festsetzen sollte.

Die Erfüllung dieser Forderungen kann selbstverständlich nicht dem guten Willen Serbiens anvertraut werden. Belgrader Garantien, wenn sie geboten würden, was bei der dort grassierenden Volkspsychose unwahrscheinlich ist, hätten keinerlei realen Wert. Die von Österreich-Ungarn geforderten Sicherstellungen seiner Interessen auf dem Balkan müssen unter Einsatz seiner ganzen Macht zustande kommen. Dann bleibt nur noch die Frage, wie sich die Monarchie Garantien dafür verschaffen könnte, daß Serbien seine gehässige Staats- und Nationalpolitik gegen Österreich-Ungarn und seine Staatsangehörigen ein- für allemal aufgibt. Das gegenwärtige Nachbarverhältnis mit Serbien, in Belgrad als „normal und korrekt“ bezeichnet, ist auf die Dauer unhaltbar. Es zwingt Österreich-Ungarn immer aufs neue zu militärischen Vorkehrungen und anderen Ausnahmsmaßregeln. Es zehrt bereits am Lebensmarke der Monarchie, weil hunderte Millionen Kronen für den Grenzschutz ausgegeben werden müssen, die den beiden Staaten der Monarchie bei Durchführung dringender kultureller zivilisatorischer Aufgaben des Gemeinnutzes fehlen. Und das alles, weil Serbien als Zweck seiner politischen Existenz nicht die Förderung der Zivilisation unter seiner eigenen furchtbar verwahrlosten Bevölkerung erblickt, sondern die Vernichtung Österreich-Ungarns als Großmacht. Unter dem Schutze Rußlands glaubt Serbien die österreichisch-ungarischen Staatsinteressen systematisch

schädigen zu können, in der Meinung, daß die friedfertige habsburgische Monarchie lieber den von Serbien geschaffenen politischen Notstand erdulden, als die Schrecknisse eines Krieges heraufbeschwören werde. Von dieser Annahme ausgehend, verfolgt die serbische Staatspolitik seit dem Jahre 1907 die Methode, durch permanente Beunruhigungen, Herausforderungen und Einmischungen in die inneren Verhältnisse der österreichisch-ungarischen Monarchie moralischen Abbruch und materiellen Schaden zuzufügen, ihre Friedfertigkeit als Schwäche, ihre Langmut als Feigheit auffassend. Durch diese Methode war Österreich-Ungarn gezwungen, in dem letzten Lustrum siebenhundert Millionen Kronen für unfruchtbare Zwecke auszugeben. Bis zum Jahre 1903 suchten alle serbischen Ministerien der öffentlichen Meinung in Serbien vorzugaukeln, daß sie durch angebliche Eingriffe Österreich-Ungarns in die inneren Verhältnisse Serbiens zum Rücktritt genötigt gewesen seien. Seit dem Jahre 1903, als die Volkssouveränität in Serbien herrschend wurde, brauchte man jenen Vorwand nicht mehr, sondern mischte sich immer offener selbst in die inneren Angelegenheiten der Monarchie. Zwischen dem serbischen Gesandten in Paris, Dr. Milutin Wesnic, und dem damals noch im Exil agitierenden jungtürkischen Komitee „Für Einheit und Fortschritt" kam es schon im Jahre 1906 zu einem Pakte, der auf die Revolutionierung Bosniens und der Herzegowina abzielte. Gemeinsam wollte man dahin arbeiten, daß beide Länder volle Autonomie unter der Souveränität des Sultans und unter der Verwaltung eines Prinzen aus dem türkischen Kaiserhause erhalten sollten. Auf Grund dieses Paktes standen die Jungtürken, diese kurzsichtigen Politiker und größten Reichsverderber unserer Zeit, als sie nach der Julirevolution 1908 in Konstantinopel zur Herrschaft kamen, um so lieber von der Berufung bosnischer Abgeordneter in das ottomanische Parlament ab, als ja jetzt auch noch andere Gründe dafür sprachen. Nikola Paschic aber stellte den Pariser Pakt in der Skupschtina als serbische Nationalforderung in Form einer Resolution auf, die einstimmig beschlossen wurde*.

* Resolution vom 2. Jänner 1909.

Ein Jahr vorher aber wurde das mohammedanisch-bosnische Element ins Treffen geschickt, um durch eine Sturmpetition, mit welcher tausend Muselmanen aus Bosnien und Herzegovina nach Budapest kommen, das vierzigjährige Krönungsjubiläum des Kaisers Franz Josef als König von Ungarn zu stören und den Glauben zu erwecken, als befände sich in den beiden südlichen Provinzen die Mehrheit der Bevölkerung in revolutionärer Gärung. Ganz ungeniert stellten sich schon damals von der serbischen Regierung abgesendete Beamte an die Spitze jener Massenabordnung. Eine ähnliche Zettelung glaubte sich kurze Zeit später die serbische Regierung auch anläßlich der Patriarchenwahl in Karlowitz leisten zu können. Angesichts der großserbisch-jungtürkischen Konspiration entschloß sich Österreich-Ungarn zur Einverleibung Bosniens und der Herzegowina. In Buchlau, im Juli 1908, gab der russische Minister des Auswärtigen, Herr Iswolsky, die Zustimmung für die Erstreckung der Hoheitsrechte des Erzhauses auf Bosnien und Herzegowina. Der damalige serbische Minister des Auswärtigen, Dr. Milovan Milovanovic, wurde bald nachher von Herrn Iswolsky selbst davon verständigt. Serbien aber blieb ruhig. Erst als mehrere Wochen später von englischer Seite die Annexion anzufechten versucht wurde, kochte Belgrad leidenschaftlich auf, wird jener Theaterrummel inszeniert, den die serbische Regierung geschickt benützt, um den für die Thronfolge unmöglichen Kronprinzen Georg zur Verzichtleistung zu zwingen. Räuberbanden, gebildet aus dem Mordgesindel, an welchem Serbien so reich ist, werden an der Save und Drina zusammengezogen und Österreich-Ungarn gezwungen, dreihundert Millionen Kronen für den Grenzschutz seiner Bevölkerung auszugeben, sechsundfünfzig Millionen Kronen an die Jungtürken in Konstantinopel abzuführen und außerdem den aus dem Boykott österreichisch-ungarischer Fabrikate entstandenen Schaden in der Levante mit in Kauf zu nehmen. Dann erst gab Serbien die bekannte Erklärung vom April 1909 ab, künftighin korrekte Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu unterhalten und entzog sich so, unter dem Schutze der Tripelentente, der drohenden Zurecht-

weisung. Bereits drei Jahre später tritt es jedoch wieder mit Forderungen hervor, von welchen seine führenden Politiker von vorneherein genau wußten, daß sie Serbien in einen neuen Konflikt mit Österreich-Ungarns Staatsinteresse bringen müssen. Die Zerstückelung Albaniens, der Besitz des strategisch wichtigsten Teiles der Adriaküste, welche Serbien angeblich als unerläßlich für seine wirtschaftliche Wohlfahrt erachtet, wird nur gefordert, um, wie im Jahre 1908/1909, wirklich oder vermeintlich gedeckt durch befreundete Großmächte, einen Konflikt heraufzubeschwören, der die habsburgische Monarchie gegenwärtig zu neuerlicher Aufwendung von mehreren hundert Millionen Kronen für die rechtzeitige Wahrung ihres Staatsinteresses zwingt. Auch dieses Mal möchte Serbien sich nötigenfalls rechtzeitig zurückziehen, nachdem der Zweck, die materielle Schädigung und politische Beunruhigung der Monarchie erreicht sein wird und man der Belgrader Gesellschaft als Grund des Rückzuges angeben kann, daß die internationale Konstellation für einen Überfall auf Österreich-Ungarn noch nicht günstig sei, und daß man ja nach einigen Jahren von neuem einen ähnlichen Versuch machen könne, aus dem Serbien nur Vorteile ziehen, während Österreich-Ungarn in politischer, moralischer und materieller Hinsicht neue schwere Schädigungen erleiden werde. So eröffnet sich für Österreich-Ungarn der düstere Ausblick auf eine dritte Mobilisierung nach einem kurzen Zeitraum, ausgefüllt von Zettelungen verschiedenster Art unter seiner slavischen Bevölkerung, durch das in Belgrad herrschende politische System behufs Erreichung des von der großserbischen Staatsidee diktierten Staatszweckes. Dieses System wirkt schon heute als Schraube ohne Ende, unaufhörlich die ökonomische Wohlfahrt Österreich-Ungarns gefährdend. Nicht bloß darum handelt es sich also letzten Endes bei der Regelung der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien, ob Serbien einen Adriahafen erhält oder nicht, ob Serbien Albanien zerstückeln darf und die Albaner ausrotten, ob es endlich seine Hand auf alle Verkehrswege legen darf, welche der österreichisch-ungarische Handel nach dem Balkan braucht, es

handelt sich um die **Beseitigung eines organischen Gegensatzes, hervorgerufen durch die destruktive serbische Staatspraxis, die das vermeintliche Recht des Schwachen auf Nachsicht in der internationalen Politik zu systematischen Herausforderungen und berechneten Schädigungen des starken Nachbars benützt und dessen Recht auf legale und friedliche Nachbarschaft negiert.**

Dieses unhaltbare politische Verhältnis grundlegend zu ändern, muß die nächste Aufgabe vorausschauender österreichisch-ungarischer Staatskunst sein.



Druck der Österreichischen Zeitungs- und Druckerei-Aktiengesellschaft (Karl Groák), Wien III.

